

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 133.

Donnerstag, den 11. Juni 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kriegsgreuel.

Die Teilnehmer der beiden Balkankriege haben einander die schwersten Ausschreitungen vorgeworfen. Um eine unparteiische Feststellung zu erhalten, hat die Carnegie-Stiftung eine Untersuchungskommission auf die Balkanhalbinsel entsandt, deren Bericht im Auszug vom Pariser „Matin“ mitgeteilt wird. Darin sind manche der von den Kriegführenden selbst gegen ihre Feinde erhobenen Anschuldigungen auf ein beidesseitiges Maß zurückgeführt, im ganzen aber ergibt sich ein furchtbares Bild entsetzlicher Grausamkeiten, an denen sämtliche Kriegführenden, Christen wie Muselmänner, beteiligt sind. Diese Kriege, namentlich aber der zweite, zwischen den vorher verbündeten Christenstaaten geführte, sind von Vorgängen begleitet gewesen, die nach dem Ausdruck der Kommission an die Zeiten der assyrischen Eroberungen erinnern: planmäßige Ausrottung der Bewohner anderer Nationalität, Mißhandlung der Gefangenen, Mordtaten, Plünderung, Brandstiftung, namentlich in großer Menge Vergewaltigung von Frauen und Mädchen, selbst verwundeten und sterbenden. Der Bericht bringt dafür eine Fülle von Tatsachen und Dokumenten bei.

Auch für die Verantwortlichkeit der Regierungen liefert der Bericht reiches Material. Wenn auch keine direkten Anweisungen zu Mordtaten, die naturgemäß streng geheim sein mußten, nachzuweisen waren, so ist doch die Mitschuld der Behörden in einer Reihe von Fällen z. B. der bulgarischen bei den Türkenmordtaten in Serres, der türkischen bei den Gewalttaten der nach Thrazien zurückkehrenden türkischen Truppen, der serbischen bei den erzwungenen Uebertritten der Bulgaren in Mazedonien und der griechischen bei der Verschleppung der Bulgaren und den Mordbrennereien im zweiten Kriege festgestellt. Kein Staat hat sich an die anerkannten Grundzüge des modernen Kriegsgesetzes, das vor allem die Schonung der nichtkämpfenden Bevölkerung ausspricht, gehalten. „Es gibt keine Vorstufe des internationalen Rechts hinsichtlich der Kriegsführung und der Behandlung der Gefangenen, die nicht von sämtlichen Kriegführenden verletzt worden ist.“ Natürlich hatten sie alle die entsprechenden Verträge unterschrieben.

Verwundete und Gefangene wurden in Masse getötet. Andere wurden im Stich gelassen und dem Hungertode preisgegeben. In mehreren Fällen wurde die Verwendung explosiver Handfeuergeschosse bei Bulgaren und Griechen festgestellt. Parlamentärflaggen wurden verletzt, Ambulanzen und Hospitäler, die unter dem Schutze des Roten Kreuzes stehen, angegriffen.

Eine besondere Ergänzung erfahren diese Feststellungen durch ein von Leberer Seite, von 18 hervorragenden Gelehrten und Staatsmännern herausgegebenes Buch mit dem Titel: „Die bulgarischen Greuel. Ein Aufruf an die zivilisierte Welt.“ Die Regierung hatte eine Kommission von Gelehrten (einen Deutschen, einen Norweger und zwei Franzosen) mit einem Photographen abgesandt, die eine authentische Feststellung der bulgarischen Kriegstaten gegen wehrlose Sachen und wehrlose Menschen vornahmen. Man kann daraus mit Entsetzen erkennen, wessen die ihrer Bügel beraubte, aller sittlichen Hemmungen entblößte Menschennatur fähig ist. Schon der Auszug des Berichts, den Stephane Lauzanne im „Peuple“ mitteilt, genügt, um die Schuldigen mit ewiger Schande zu belegen und unauslöschliches Grauen vor den erzieherischen Wirkungen des „Stahlbades der Völker“, des Krieges, zu erwecken.

Hat man die Menschen nicht gekannt, so verteilten die Sachen natürlich erst recht der Vernichtung. Ganze Städte von Haus zu Haus niedergedrückt, alles Mobiliar bis auf kleinste zerbrochen, Papiere zerrissen, eine Apotheke bis zur letzten Flasche zerstört, alle Wäsche zerissen und besudelt — so sah das Land aus, das nicht wider Heiden, das gutgläubige Christen, die unsere bürgerliche Presse zurzeit ihre Siege als Träger des Fortschritts auf der Balkanhalbinsel gefeiert hatte, ihren christlichen Brüdern, den Verbündeten von gestern, zu rückließen. Aber alle diese Untaten an totem Mobiliar, so kennzeichnend sie für den Geist der Verwilderung und tiefen Bosheit ihrer Urheber sind, verblissen vor dem Verbrechen, die an Menschen, an wehrlosen Verwundeten, an Frauen und Kindern verübt wurden.

Verwundete wurden nach der Schlacht abgeklagt und verstimmt, Gefangene vor dem Rückzug. Die Tatsachen sind unzweifelhaft festgestellt, die genauen Namen der Opfer zugefügt. So heißt es: „Reservelieutenant Milod Ristomitsch, Sergeant Milowan Ristomitsch, Korporal Stephan Ristomitsch, Gemeine Dimi-

triewitsch, Georgewitsch, Milkowitsch, alle im 2. Infanterieregiment, auf dem Schlachtfeld von Trogarti am Punkt 650 gefunden: Nase und Ohren abgeschnitten, die Augen ausgestochen, der Körper von Bajonettschiffen durchbohrt.“ In jedem Falle wurden unbeteiligte Zeugen zugezogen, mitunter fremde Konsuln. So heißt es in einem Protokoll: „Nesfub, 30. Juni 1913. Der russische und der französische Konsul besuchten das Hospital, um mit eigenen Augen die an unseren Soldaten verübten bulgarischen Greuel zu sehen. Die Soldaten befanden sich bei den Worpösten von Bregalniza, wo sie verwundet wurden. In die Hände der Bulgaren gefallen, wurden sie verstümmelt. Der russische Konsul sprach mit jedem. Korporal Sava Boldanowitsch erzählte: Ich wurde gebunden. Nachher wurde ich über Stellungen und Stärke unseres Heeres ausgefragt. Um mich zum Reden zu zwingen, schnitten sie mir ein Ohr ab. Ich rief: „Tötet mich! Ich weiß nichts!“ Ich sagte ihnen, daß ich vor Adrianopel für sie gekämpft habe; aber es half nichts!“

Ludjefko Jowitsch von der Mitrailleurabteilung wurde der Kopf mit Messern zerhackt, Ohr und Nase abgeschnitten. Reservelieutenant Stojanowitsch erhielt drei Bajonettschiffe in die Seiten, ein Schenkel und mehrere Rippen wurden ihm gebrochen und ein schwerer Gewehrschlag auf die Brust versetzt. Beide sind noch am Leben. Ein Soldat erzählt, man habe ihm ein Gewehr gegeben und ihn durch Schläge gezwungen, auf die Serben zu schießen. Als er in die Luft schoß, schlug ihn wieder ein Offizier. Dann zwang man ihn, vor der Front zu stehen, während die Bulgaren hinter ihm lagen, damit er von Serben erschossen werde. Er blieb jedoch am Leben.

Noch furchtbarer war das Schicksal der Frauen, der ärmsten Opfer barbarischer Kriegsführung. Der Russe Kapustin, der die Stadt Kriazewas besucht hatte, sagte vor der Kommission aus: „Die Bulgaren durchstreiften die Dörfer auf der Suche nach Geld. Sie vergewaltigten alle Frauen, die sie fanden, ohne jede Rücksicht auf das Alter. 3. B. wurden in Bulnowas sieben Frauen geschändet, davon zwei von 16 Jahren, in Wina neun, darunter eine Schwangere, in Slatina fünf, darunter ein Mädchen von 13 Jahren.“ Andere Fälle werden mit Namen angeführt: ein Mädchen, das unter den Augen der Mutter von drei Soldaten mißbraucht wurde; ja eine gelähmte Frau von 30 Jahren in Gegenwart ihres Sohnes von zwei Soldaten! Alle diese Fälle tragen die Unterschrift der internationalen Untersuchungskommission.

Es ist schon aus anderen Feststellungen bekannt, daß die Bulgaren sowohl den Türken als ihren früheren Verbündeten gegenüber am schlimmsten gehandelt haben. Aber es wäre weit gefehlt, wollte man die anderen nur als Opfer ansehen. Vielmehr in geringerem Maße und Grade, aber noch über- und übermäßig haben auch die sich Kriegsgreuel zuschulden kommen lassen. So sind die furchtbaren, wenn gleich von österreichischer Seite übertriebenen Vergeltungsmaßnahmen der Serben gegen die Albaner ebenso festgestellt, wie die verschiedensten von jedem gegen jeden anderen im Laufe dieses scheußlichsten aller Kriege verübten Schandtaten. Jedes einzelne Schandfoto ist so furchtbar belastet, daß die Uebergipfelung der Untaten durch die Bulgaren die anderen, selbst wenn ein Teil ihrer Ausschreitungen (wie wohl auch gegen die Albaner) auf Vergeltungszorn beruhen mag, nicht entlastet.

Also Schande über die Balkanvölker? Gemach! Und die Amerikaner auf den Philippinen? Die Franzosen in Tonkin und jetzt in Marokko? Die abgeschnittenen Hände der Untertanen des Kongokönigs Leopold von Belgien? Die Hunnentaaten an Mord, Plünderung und Schändung in China? Die Trostlosigkeit der Deutschen in Südwest? Wer von ihnen darf den Stein aufheben und sich besser dünken, als jene Balkanbestien? Nicht Schande über diesen und jenen: Schande über das System der Eroberung, des Massenmords, der Krieg, der Massenplünderung, die Kolonialplünderung genannt wird. Schande über das System des Kapitalismus, der Imperialismus, der wilde Eroberungsgier und brutale Herrenmacht zu Herrschern des Erdballs gemacht hat! Und nicht wehrliche Klage oder gar gegenseitige Beschuldigung und kleinlicher Streit über Mehr und Minder in Einzelheiten vermögen hier Besserung zu schaffen — nur das organisierte System des Widerstandes der nach höheren Menschheitszielen strebenden Massen wird wie die Ausbeutung im Innern so auch die Gewalt und die tierische Entartung gegenüber den Angehörigen anderer Völker überwinden. Nieder darum mit dem Kriege! Nieder mit Eroberungspolitik und Ausbeutung! Nieder mit der kapitalistischen Entartung, der Hauptursache der Völker!

Zum japanischen Marineskandal.

Von Sen Katayama.

Der Wechsel des Ministeriums gab den Gerichten und dem neuen Marineminister freie Hand. Eine Anzahl Admirale wurde entlassen. Admiral Nachira begann damit, drei der belasteten Marineoffiziere ihres Postens zu entkleiden, den Grafen Yamamoto, den früheren Premier und Admiral, Saito, den früheren Marineminister und den Marinesekretär Takatabe. Diese gelten als die Hauptführer der Korruption. Fujii und Matsumoto und andere stehen jetzt vor dem Kriegsgericht. Ihre Aussagen vor dem Richter werden jetzt in der Tagespresse von Tokio frei besprochen. Danach hat der Admiral Matsumoto nicht weniger denn 800 000 Mk. von der Firma Bichers durch den Agenten Musui erhalten. Ubrigens sind jetzt auch die drei Direktoren der Firma Musuis Busann verhaftet und es soll ihnen wegen Bestechung und Urkundenfälschung der Prozeß gemacht werden. Fujii empfing von Siemens u. Schuckert, Bichers, Narahs u. Co. insgesamt die Summe von 1 200 000 Mk. Fujii war der Chef der Marinewerften, wo über 30 000 Mann beschäftigt sind.

Der Skandal, der mit Siemens u. Schuckert begann, dehnte sich später aus auf Bichers und deren Agenten Musui usw. Im höchsten Grade wichtig sind die Erklärungen, die Herr Herrmann, der Direktor von Siemens und Schuckert, vor dem Gerichtshof in Tokio abgegeben hat. Er sagte, er habe die geheimen Dokumente auf dem deutschen Konsulat in Yokohama in Gegenwart des deutschen Konsuls angekauft und dafür 100 000 Mk. an den Engländer Andreas Pulley gezahlt. Die Dokumente habe er sofort vernichtet. Herrmann erklärte weiter, daß er direkt auf Ratsschlag der deutschen Regierung so gehandelt habe. Ebenso will Herr Pulley im Einverständnis der englischen Konsulatsbehörde in Yokohama gehandelt haben. Er sandte die Dokumente, die er von Herrn Richter für 1500 Mk. angekauft hatte, an Reuters Bureau in Shanghai. In diesem Moment habe sich Herr Herrmann in das Geschäft eingemischt, habe die Dokumente zurückgefordert und wollte mit Pulley nach Shanghai reisen. Der britische Konsul, so sagte Herr Pulley, habe ihm jedoch den Rat gegeben, nicht nach Shanghai zu gehen, er könne auf der Reise ermordet werden. Deshalb lehnte Pulley ab und erledigte das Geschäft in Yokohama. So hatten also diese Herren nach ihrem eigenen Geständnis beide mit Wissen und Willen der Konsulate ihrer Länder gehandelt.

In das glänzende Geschäft, das Herr Pulley machte, habe sich noch eine Anzahl anderer „Häupter des Schlachtfeldes“ geteilt. Herr Richter hatte nur 1500 Mk. erhalten, Pulley nahm dafür 100 000 Mk. ein. Nach seinen Aussagen vor Gericht haben aber verschiedene Angestellte von Reuters Bureau ebenfalls je mehrere Tausend Mark erhalten. Die japanische Regierung wünschte nun, die Dokumente oder wenigstens Kopien davon von der deutschen Regierung zu erhalten. Richter ist bekanntlich von einem deutschen Gerichtshof wegen Erpressung verurteilt worden, hier mußten auch die Beweisstücke vorhanden sein. Im japanischen Parlament wurde jedoch mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Herausgabe dieser Dokumente strikte abgelehnt habe. Das kam jedenfalls der japanischen Bureaucratie sehr zustatten. Wahrscheinlich hätte die Herausgabe der Geheimschriften noch mehr Personen mit in die Bestechungsaffäre hineingezogen. Man möchte möglichst Ruhe haben. Die Marine braucht Geld für drei neue Kriegsschiffe und so möchte man die Affäre so bald als möglich beenden. Die Regierung möchte vor der kommenden außerordentlichen Session des Parlaments gereinigt dastehen. Gerüchteleise verlautet, daß noch viele andere hochstehende Persönlichkeiten an den schmutzigen Geschäften beteiligt sind. So sollen u. a. auch der Präsident der Schiffsbauwerften, Kawasoki, und auch der Minister des Kaiserlichen Hauses, Watanabe, der Bestechung sich schuldig gemacht haben. Diese werden aber nicht gerichtlich verfolgt, sie haben nur ihre Ämter niederlegen müssen. Das alles zeigt, wie sehr die Korruption weit verbreitet ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Der Kaiser hat sein Recht verloren.“

Unter dieser sensationellen Ueberschrift veröffentlichte am Dienstagabend die „Kreuzzeitung“ an der Spitze des Blattes einen Artikel des Professors Paul Krümmann-Münster. Der langen Ausführungen kurzer Sinn war in dem Artikel der bekannte: Sammlung der bürgerlichen Parteien im Reichstage gegen die Sozialdemokratie. Wörtlich wurde u. a. ausgeführt: „Wenn aber jetzt, nach der jüngsten Herausforderung der sozial-

demokratischen Abgeordneten die Mehrheit der Volks-
rärer keine durchgreifende Abhilfe schafft, dann ver-
dient sie Schimpf und Schande, dann verdient der Name
eines Volksvertreters zum Geißel für Kinder zu wer-
den." Der scharfmacherische Professor geht dann aufs
Wanze und fordert nicht weniger, als daß diejenigen
Abgeordneten, die sich im Reichstage an einem Tage
oder während einer Session mehrfach Ordnungsstufe zu-
gezogen haben, für die ganze Session das Wort
entzogen wird, und daß sie, wenn das nichts hilft,
von einer Reihe von Sitzungen oder von
allen Sitzungen ausgeschlossen werden, auch wenn
Abstimmungen vorgenommen werden. Es
sei lächerlich, zu sagen, daß ein Abgeordneter unter allen
Umständen das Recht haben müsse, den Sitzungen beizu-
wohnen.

Selbstverständlich ist der Mitarbeiter des preußi-
schen Vaterlandes, der die Ansicht, daß die Abgeord-
neten, die im Reichstage beim letzten Kaiserhoch sitzen
blieben, nicht mehr in ihrer Funktion als Abgeordnete
stünden, da mit der Erklärung des Kaisers der Reichstag
formell geschlossen war. Die Haltung des Oberstaats-
anwalts gegenüber dem beim Kaiserhoch sitzenden
Abgeordneten sei daher unverständlich. Ebenso sei die
Erklärung des Justizministers hoch bedenklich. „Der
Minister scheint“, so sagt der Professor Krümmann in der
„Kreuzzeitung“, „sich nicht vor Augen zu halten, welches
Zeugnis er seinen Gerichten ausstellt, wenn er zugesteht,
sein Vertrauen zu haben, daß sie den vorliegenden Fall
sachgemäß entscheiden werden. Wie zu entscheiden ist,
darüber besteht die unbedingte zuverlässige Gegenprobe.
Hätten Oberstaatsanwalt und Justizminister diese Ge-
genprobe gemacht und der Staatsanwalt sie energisch
vertreten, wäre der Erfolg auch nicht ausgeblieben.“
Die Würdigung geht selbst der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu-
we. An der Spitze der Ausgabe vom Mittwochabend
veröffentlicht das Blatt folgende Erklärung:

Der in der gestrigen „Kreuzzeitung“ veröffentlichte Ar-
tikel des Professors Krümmann, mit der Überschrift „Der
Kaiser hat sein Recht verloren“, geht von unrichtigen Vor-
aussetzungen aus. In seiner Herrenhausrede über das
Eigenleben der sozialdemokratischen Reichstagsabgeord-
neten beim Kaiserhoch hat der Justizminister nicht, wie es
in dem Artikel heißt, zugestanden, er habe kein Vertrauen,
sondern er hat die Erwägungen dargelegt, welche die Ge-
richte bei sachgemäßer Beurteilung voraussichtlich zu einer
Freisprechung führen würden.

Zur Begründung seiner gegenteiligen Ansicht beschränkt
sich Professor Krümmann darauf, einige als „Gegenprobe“
bezeichnete Beispiele anzuführen. Diese Beispiele beweisen
keine desfalls nichts, weil der Justizminister nur das
Kaiserhoch als einen herkömmlichen Teil des tatsächlichen
Schlusses bezeichnet hat, während die von Professor
Krümmann konstruierten Beispiele sich auf Kundgebungen
beziehen, die mit dem Kaiserhoch keinerlei Zusammenhang
haben.“

Die Scharfmacher aller Schattierungen werden sich
nun wohl mit der Tatsache abfinden müssen, daß die
Staatsanwaltschaft sich in dieser Angelegenheit keine
Blamage holen will. Das wird die „Kreuzzeitung“.
Nitter wiederum sehr betrübten, denn die Sammlung
aller reaktionären Elemente ist im besten Zuge: die
Schwarzen haben den Blauen ja bereits die Bruderhand
gereicht.

Vertagung des preußischen Landtags.

Die Staatsregierung beantragt, das preußische Ab-
geordnetenhaus möge einer Vertagung des Landtags
bis zum 10. November d. J. mit der Maßgabe, daß die
hier zur Vorberatung des Grundsteuergesetzes, des
Fideikommissgesetzes, des Fiskalstrafgesetzes und des Kom-
munalabgabengesetzes ernannten Ausschüsse ermächtigt
werden, während der Vertagung ihre Arbeiten fortzu-
setzen.

Noch ein erledigtes Reichstagsmandat.

Am Mittwoch morgen starb in Neuhausen auf der
Fildern nach schwerem Leiden an Nierenschwund
der Defau und Pfarrer Lejer, der im Reichstag seit 1903
den 17. württembergischen Wahlkreis (Nadensburg-
Saulgau) vertrat. Das Mandat ist früherer Zentrum-
besitz. In dem Wahlkreis wurden im Jahre 1912
1945 Zentrum, 1936 nationalliberale und 1602 so-
zialdemokratische Stimmen abgegeben.

Die Besoldungsvorlage im preußischen Abgeordneten- haus.

Am Mittwoch erledigte das preußische Abgeord-
netenhaus in zweiter Lesung die Besoldungsvorlage,
mit der sich während der Pfingstferien die Kommission,
in einer einzigen Sitzung, beschäftigt hatte. Die einzige
Verbesserung, die die Kommission an der Regierung-
vorlage vorgenommen hat, besteht darin, daß sie der
Vorlage rückwirkende Kraft vom 1. April d. J. an ver-
leiht. Außerdem schlägt die Kommission eine Resolution
vor, in der die Regierung aufgefordert wird, sobald wie
möglich dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen,
durch den die bei einzelnen Klassen von Beamten seit
der letzten Besoldungsänderung zutage getretenen Män-
gel, Lücken und Ungleichheiten beseitigt werden. Nach
längerer Debatte wurde sowohl diese Resolution wie
auch der Kommissionsbeschluss, der rückwirkende Kraft
verlangt, einstimmig angenommen. — Ein freisinniger
Antrag, der die Regierung ersucht, zu erwägen, ob und
in wie weit eine geordnete Krankenfürsorge für Beamte
erforderlich und durchführbar sei, wurde der Budget-
kommission überwiesen.

Die Stellung unserer Fraktion begründete, wie in
der ersten Lesung, so auch am Mittwoch wieder Genosse
Etröbel in einer ausgezeichneten Rede. Er legte
nochmals dar, daß die Gehaltsverbesserungen
der Vorlage in jeder Beziehung ungenügend seien,
und daß das Haus es in der Hand gehabt hätte, mit eini-
ger Energie bei der Regierung eine wesentliche Verbesse-
rung der Vorlage durchzusetzen. Da aber nach der Hal-
tung aller bürgerlichen Fraktionen, auch des Zentrums,
eine solche Möglichkeit völlig gesunken sei, so werden
die Sozialdemokraten auch der völlig ungenügenden Vor-
lage ihre Zustimmung geben.

Neue Mittel für den Rhein-Wefer-Kanal
wird das preussische Staatsministerium vom Landtag in
diesem Herbst verlangen. Der Regierung sollen 17 000
Mk. zur Verfügung gestellt werden, die durch
Zuschüsse beim Grunderwerb notwendig ge-
macht sind.

Untern neuen Kurs in Elß-Bothringen.
Nach einer Mitteilung des „Matin“ sollen im
Reichslande in Zukunft keine Bürgermeister und Be-
geordneten die Bestätigung erhalten, die einflussreiche
Verwandte, insbesondere Militärs in Frankreich haben.
— Die alldeutschen Blätter wünschen dringend, daß diese
Meldung nicht dementiert, sondern bestätigt wird.

Regierungsfürsorge für den Mittelstand.

Im Reichstagsgebäude fand am Dienstag eine Vor-
besprechung über die Frage der Veranlassung einer
Kleinhandels-Enquete statt. Den Vorsitz führte der
Direktor im Reichsamt des Innern, Wirtl. Geh. Rat
Dr. Caspar. An einen einleitenden Vortrag des Re-
ferenten im Reichsamt des Innern schloß sich eine lebhafte
Debatte an, bei der angeblich alle einschlägigen Gesicht-
spunkte eingehend erörtert wurden. Am Mittwoch wurde
die Beratung im engeren Kreise der Regierungsvertreter
fortgesetzt.

Germanisierung zugunsten fürstlicher Großgrund- besitzer.

Die Ansiedlungskommission hat die fürstlich
Reußischen Güter, Miernischewo und Dusch, nebst
den Vorwerken Kalmi, Treudenau und Josephshof, ins-
gesamt circa 8000 Morgen, für den sehr hohen Preis von
sechs Millionen Mark erworben. Die Übernahme
erfolgt am 1. Juli.

Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter unter der Anklage der Majestätsbeleidigung.

Von der Staatsanwaltschaft zu Wiesbaden ist gegen
den Genossen Reichstagsabgeordneten Wendel ein Ver-
fahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Das
Vergehen soll im Sommer vorigen Jahres in einer Rede
zu Höchst am Main begangen worden sein, in der Genosse
Wendel sich mit dem Regierungsjubiläum Wilhelms II. be-
faßt hat. Da Genosse Wendel als Abgeordneter gegen
Strafverfolgungen bisher immun war, hat sich der Staats-
anwalt bis jetzt gebunden müssen.

Luxemburg.

Kammerwahlen. Dienstag haben in sechs von den
dreizehn Kantonen des luxemburgischen Landes Neu-
wahlen zur Deputiertenkammer stattgefunden. Von den
ausgewählten 32 Mitgliedern gehörten 15 der liberalen
Partei, 11 der Partei der Rechten (Klerikale), 4 der
Sozialdemokratie an und 2 waren Unabhängige. Die
Kammer setzte sich bisher zusammen aus 24 Mitgliedern
der Linken, 4 Unabhängigen und 17 Katholiken (Rechte).
Gewählt sind 10 Mitglieder der Rechten (plus 2), 7 Libe-
rale (minus 1); an den erforderlichen 14 Stichwahlen
sind beteiligt: 13 Rechte, 9 Liberale und 6 Sozialdemo-
kraten.

Italien.

Der Generalstreik hat gestern nach den vorliegenden
Depeschen noch ungeschwächt angehalten. Außer Ancona
und Rom sind von ihm hauptsächlich die nord-
italienischen Städte betroffen. Überall hat
man sich mit den Gemahregellen in Ancona solidarisch er-
klärt. In Palermo wurde Dienstag nacht der General-
streik proklamiert. Der Ausstand wurde bisher teilweise
durchgeführt. In Turin fand eine Versammlung vor
der Arbeiterkammer statt. Trotz des Regens nahmen
mehrere tausend Personen teil. Es wurden mehrere Reden
gehalten und ein Zug gebildet, der durch die Straßen zog,
sich jedoch ohne nennenswerte Zwischenfälle auflöste. In
Ancona verlief der Morgen ruhig. Der Ausstand
ist ein vollständiger und dauert an. Mitt-
woch vormittag beabsichtigte die Eisenbahndirektion zwei
von Soldaten bewachte Züge abgehen zu lassen. Die Züge
mußten wegen eines auf offener Strecke von den Aus-
ständigen angerichteten Schadens zurückkehren. Etwa
3000 Personen hatten sich in Florenz in der Umgebung
der Arbeiterkammer versammelt, wo sie über die Beseitigung
der Gefährten berieten. Als aus der Menge Re-
volverschüsse gegen die Truppen abgegeben wurden,
feuerten diese. Ein Mann wurde getötet und
mehrere verletzt. Die Polizeibeamten erbrachen die
Tür eines Hauses, aus dem Revolverschüsse abgefeuert
worden waren, fanden darin einen Sträfling und ver-
hafteten ihn. In Neapel wurde bei einem Zusammen-
stoß zwischen Manifestanten und Polizeibeamten eine
Person getötet. Der Sekretär des Allgemeinen Ar-
beiterverbandes in Rom richtete an alle dem Verbands
angehörenden Arbeitskammern ein Rundschreiben, worin die
Einstellung des Ausstandes vor Mitternacht gefordert wird.

An dem Begräbnis der von der Polizei
in Ancona gemordeten Opfer nahm eine große
Menschenmenge teil. Während des Leichenzuges wurden
einige Revolverschüsse abgefeuert, wobei ein Zuschauer ver-
wundet wurde. Der Präsekt von Perugia ist angekommen
und hat die Verwaltung übernommen.

Ministerpräsident Salandra hat an die
Präsekte ein Rundschreiben gerichtet, in der
er sie auffordert, ihren ganzen Einfluß aufzu-
bieten, um eine Wiederholung der Vorkommnisse
der letzten Tage zu verhüten. Die Regierung sei
keines Menschen Feind, sie müsse aber ihre Pflicht er-
füllen, deren erste die Aufrechterhaltung der öffentlichen
Ordnung sei. Wenn aber zur Aufrechterhaltung die An-
wendung von Gewalt notwendig werden sollte, so sollte
mit größter Vorsicht und Klugheit vorgegangen werden.
Die Regierung habe das Vertrauen, bei der Wiederher-
stellung der Ruhe bei allen vaterlandsliebenden Bürgern
Unterstützung zu finden.

Rußland.

Die Immunität der Dumasmitglieder. Die Abend-
sitzungen der russischen Duma am Dienstag, die außer-

ordentlich stark besucht war, war der Beratung des Ge-
setzentwurfes über die Immunität der Abgeordneten ge-
widmet. Die äußerste Rechte brachte Abänderungs-
anträge ein, welche die Immunität beschränken wollten.
Die Duma lehnte die Beratung dieser Abänderungs-
anträge ab und nahm die Dringlichkeit des Gesetzent-
wurfes mit 166 Stimmen der Oktobristen und Oppo-
sition gegen 69 Stimmen der Rechten und Nationalisten
an. Das Ergebnis wurde auf den Bänken der Oktobristen
und der Opposition mit lebhaftem Beifall begrüßt, wäh-
rend sich die äußerste Rechte zurückzog. Darauf lehnte
die Duma mit einer starken Mehrheit der Oktobristen,
Linken und Opposition einen Kommissionsantrag ab,
der es für wünschenswert erklärte, die Disziplinarver-
antwortlichkeit der Abgeordneten vor der Duma zu er-
höhen und dem Dumaspräsidenten das Recht zu gewähren,
zu gewissen Disziplinarmaßnahmen die Initiative zu er-
greifen. Die Ablehnung der Kommissionsformel wurde
auf den Bänken der Opposition mit lautem Bravo
begrüßt.

Balkan.

Albanisches. Endlich hat der Mbret Wilhelm
sich von seiner Angst soweit erholt, daß er ganz im abend-
ländischen Stil „regieren“ kann. Eine Depesche aus
Durazzo meldet in dem sattem bekannten offiziellen
Hochdeutsch: Am Dienstag nachmittag hielt der
Fürst Kewen über die gesamten gegenwärtig in Durazzo
stehenden Truppen ab, die sich aus Mirditen, Matiforen
und der Gendarmerie zusammensetzten. Während der
Kewen waren der Fürst und die Fürstin Gegenstand be-
geisteter Huldigungen. Der Fürst unterhielt sich mit
den Führern Issa Bolejinah, Marko Gjoni und Simon
Doda. Der Oberstkommandierende Oberstleutnant
Thomson hielt an den Fürsten eine Begrüßungsansprache
und versicherte ihn der Ergebenheit der Truppen. Abends
wurde eine große Anzahl Gewehre, Munition und ein
Geschütz nach Missio zur Ausrüstung der dortigen Ma-
tifforen abgesandt. Hofmarschall v. Trotha ist zurück-
gekehrt.

Griechenland.

Sozialistenverfolgung in Griechenland. Die
alte historische Tatsache, daß ein siegreicher Krieg eine
starke Reaktion im Gefolge hat, offenbart sich zurzeit
wieder einmal in Griechenland. Die griechische Regierung
gefällt sich darin, die sozialistische Bewegung besonders in
den durch den Krieg neu gewonnenen Landesteilen in der
gehässigsten Weise zu verfolgen. Um die öffentliche Mei-
nung für ihr Vorgehen zu gewinnen, schickt sie die bür-
gerliche Presse vor. Diese ist selbstverständlich, wie überall,
wo es gegen die Arbeiter und den Sozialismus geht, gern
bereit zu jeglicher Prostitution. Deshalb hat eine gewisse
griechische Presse auch einen systematischen Ver-
leumdungsfeldzug gegen die sozialisti-
sche Bewegung eingeleitet. Sie behauptet, daß die
Genossen von Saloniki im Dienste der bulgarischen Kom-
mandos stünden, daß sie von fremdem Gelde bezahlt wer-
den und verlangen nun auf Grund ihrer Verleumdungen
die rigorosesten Maßnahmen und Ausnahmegeetze gegen
unser Genossen von Saloniki. Ein starker Dorn im
Auge ist der griechischen Regierung auch die gewerk-
schaftliche Bewegung. Sie soll mit allen Mitteln
niedergedrückt werden. So wurde vor einigen Tagen
eine Versammlung der Tabakarbeiter unter An-
führung eines Untersuchungsrichters und Polizeioffiziers
von Gendarmen überfallen. Das ganze Versammlungs-
lokal wurde umstellt und vom Keller bis zum
Dach durchsucht. Sie suchten angeblich nach Bomben
und nahmen dann zwei Säcke mit Papieren der Organi-
sationen mit sich. Das Ziel, welches die griechische Re-
gierung mit diesen Verfolgungen erreichen will, liegt klar
zutage. Sie gibt sich des Wahnes hin, die sozialistische
Bewegung sowohl wie die gewerkschaftliche vernichten zu
können. Und sie ist in den Verfolgungen umso eifriger
und brutaler, da die Wahlen nahe und die Regierung
beniglos es mit allen Mitteln verhindern will, daß mit
der Sozialdemokratie eine ernste und gut organisierte Op-
position ihren Einzug in das griechische Parlament hält.
Da die griechischen Genossen noch immer unter einem
Ausnahmestand leben — der Belagerungsstand ist
noch nicht aufgehoben — können sie leider nicht selbst das
erbärmliche und reaktionäre Treiben der Regierung ge-
bührend öffentlich an den Pranger stellen; auf die Unter-
stützung irgend einer fortgeschrittenen Partei im Lande
können sie ebenfalls nicht rechnen. Sie rechnen daher auf
die Solidarität der sozialistischen Parteien der Internatio-
nale. Sie hoffen, in ihrem Kampf die Unterstützung des
internationalen Proletariats zu erhalten. Die öffentliche
Meinung muß aufgerüttelt werden, um die griechische Re-
gierung zu hindern, die sozialistische Bewegung in Griechen-
land zu unterdrücken und die Genossen mit den brutalsten
Mitteln zu verfolgen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 11. Juni.

Der kommende Polizeileutnant beschäftigte gestern
wieder den Bürgerschaft, nachdem eine Kommission den
behr. Senatsantrag geprüft und sich zu der Meinung be-
teilt hatte, daß infolge der neuerlichen Verstärkung der Schutz-
mannschaft um 49 Schutzleute und der hierdurch be-
dingten stärkeren Inanspruchnahme der ihnen vor-
gelegten Beamten sowie überhaupt infolge Zunahme
der Dienstgeschäfte die Einstellung einer neuen
Arbeitskraft zur Entlastung des Polizeihauptmanns ohne
Nachteil für den gesamten Dienstbetrieb nicht länger zu um-
gehen ist. Es erschien ihr jedoch zweifelhaft, ob
nicht diese Absicht ebenso gut oder besser zu erreichen sein
würde durch die Schaffung einer neuen Kommission, oder
Sekretärstelle, zumal da der Bericht des Polizeiamtes u. a.
ausführt, daß der Polizeihauptmann durch die erhebliche
Zunahme der von ihm persönlich zu erledigenden Bureau-
arbeiten außerstand gesetzt sei, dem Außendienst eine im
Dienstinteresse gebotene stärkere Beaufsichtigung zuteil werden
zu lassen; die Errichtung einer derartigen neuen mittleren
Beamtenstelle würde auch das an sich wünschenswerte Auf-
rücken eines bereits mit den hiesigen Verhältnissen vertrauten
Beamten ermöglicht haben. Auch sprach ihres Einstellens be-
gegen den Senatsantrag die der neuen Dienststelle be-
gelegte Amtsbezeichnung „Polizeileutnant“, da man
geneigt ist, mit dieser Bezeichnung den Begriff eines
jüngeren Beamten in mehr repräsentativer Stellung zu ver-
binden, und die Schaffung einer solchen Stelle den hiesigen

Verhältnissen nicht angemessen erscheint. Der Senat wollte aber einen Mann haben, der an Bildung, den Kommissaren und Nachforschern, deren Vorgehender er sein soll, überlegen ist und aus Rücksichten der Disziplin aus dem Offiziersstande hervorgegangen sei. Die Kommission trat dieser Auffassung nicht bei, sondern sprach sich für die Anstellung eines Polizeikommissars mit einem Gehalt von 4000—6000 Mk. aus. Dafür erklärte sich gestern auch der Bürgerausschuß.

Ein schlimmer Gast hat sich nach mehrjähriger Abwesenheit wieder vor den Toren unserer Stadt eingestellt: die Maul- und Klauenseuche. Vor wenigen Tagen mußten wir berichten, daß auf dem Döndorfer Hof diese für den Viehbestand so gefährliche Seuche festgestellt worden sei und jetzt wird amtlich bekanntgegeben, daß sie auch in Stöckelsdorf, Groß-Steinrade und Groß-Sarau aufgetreten ist. Das Medizinalamt hat die erforderlichen Sperrmaßnahmen angeordnet und Vormerk nicht Trems in das Beobachtungsgebiet einbezogen. Für die Gemeinden Krummsee, Beidenborn, Blankensee, Uetich und Schattin sind besondere Vorschriften über die Abhaltung der Viehmärkte, Tierschau, Geflügelhandel, Milchverkauf usw. erlassen. Folgende allgemeine Verordnung erläßt ferner das Medizinalamt: Klauenvieh, das auf dem Eisenbahn- oder Wasserwege in das lübische Staatsgebiet eingeführt wird, ist bei dem Entladen amtierärztlich zu untersuchen. Die Untersuchung geschieht, sofern das Vieh mit der Eisenbahn ankommt und für den öffentlichen Schlachthof bestimmt ist, durch den Schlachthofdirektor, im übrigen durch den Staats-tierarzt. Der Besitzer oder der Führer des Viehtransportes hat von dem Eintreffen des Viehes den Staats-tierarzt oder den Schlachthofdirektor rechtzeitig, d. h. mindestens 12 Stunden vorher, unter Angabe der Enklafstelle zu benachrichtigen, damit die Untersuchung ohne Verzug vorgenommen werden kann. Vor Beendigung der Untersuchung darf das Vieh nicht von der Enklafstelle entfernt werden. Das für den Schlachthof bestimmte Vieh ist, wenn es mit der Eisenbahn ankommt, ohne Umladung dorthin zu überführen. Zuwiderhandlungen werden nach den §§ 74 und 76 des Viehschutzgesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft. Die viehschutzpolizeiliche Anordnung über die Einführung von Klauenvieh aus Ostpreußen und Westpreußen vom 24. Februar 1914 bleibt unberührt.

Ein Urteil nach dem Herzen des lübischen Amtsblattes ist die drakonische Bestrafung der unbedachten Leute, die das Charlottenburger Denkmal durch Bemalung leicht beschädigten. „Mit vollem Recht hat das Gericht weber über die Tendenz der Inschrift noch über die Gestaltung der Verurteilten hinweggesehen“, bemerkt frohlockend das Blatt, das in dem Urteil dennoch kein Tendenzurteil zu erblicken vorgibt und das mit echt christlicher Milde die schlimmen Freveltaten von Studenten und anderen Angehörigen und Sprößlingen der Bourgeoisie behandelt. Was gilt jenen Leuten das Recht, wenn es sich um Arbeiter handelt! Diese sollen die Gewalt des Klassenhasses spüren. Aber Druck erzeugt Gegendruck. Und Urteile wie das Charlottenburger wirken aufpeitschend. Das wird man noch merken.

In den Kanal gefallen und ertrunken ist Mittwochabend gegen 6 Uhr ein 14jähriger Knabe namens Weutlin, der dort mit mehreren Kameraden spielte. Er wurde unter einer Schute in der Nähe von Lübeck und Stange hervorgezogen, doch blieben die sofort angestellten Wiederbelebungversuche mit dem Pulsmotor leider wirkungslos. Zwei andere Knaben konnten gerettet werden. Man sieht sehr häufig Kinder an den abschüssigen Stellen und Böschungen spielen, die die Gefahr gar nicht kennen, in der sie dort schweben. Das Wasser ist bis ans Land hin sehr tief, so daß in den meisten Fällen Rettungsversuche schwierig sind und durch die vielen Röhre noch erschwert werden. Stete Warnungen sollten die Eltern den Kindern deshalb immer auf den Weg mitgeben.

b. Gewerbegericht am 10. Juni. Der Vormann muß vom Stauer bezahlt werden — eine prinzipielle Entscheidung für Hafenarbeiter. Wir berichteten kürzlich über eine Klage, die 25 Kohlenarbeiter einreichten, weil ihnen die Firma Kröger & Stein den Lohn für den Vormann von der Affordsumme abzog. Nachdem der Gewerbegerichtsvorsitzende ausdrücklich erklärte, Vertreter für ortsanlässige Arbeiter nicht zuzulassen, erschienen heute die Arbeiter Müller, Spiering und Krempin als Mitbeteiligte und Beauftragte ihrer Kollegen. Die Kläger beladen den Dampfer „Runo“ mit 701 Tonnen Braunkohlen, wofür sie 842,20 Mk. zu beanspruchen hatten und auch ausbezahlt erhielten, doch ging der Betrag statt in 25 in 26 Teile. Die Firma verweist sich auf die tariflich festgelegten Bestimmungen, die sich in der Hauptsache auf das Löhnen von Schiffen beziehen, nicht aber auf Sonderarbeiten, wie in diesem Falle das Beladen mit Braunkohlen. Die Lohnkommission habe einen festen Tonnenpreis mit 1,20 Mark vereinbart und von einem Vormann sei nirgend die Rede. Es hätten bereits derartige Arbeiten und Berechnungen stattgefunden, ohne daß sich die Arbeiter dagegen sträubten. Demgegenüber erklären die Kläger, daß der Vormann Angestellter der Stauerfirma sei, und nach dessen Anordnungen hätten sie den Dampfer zu beladen. Nach dem Tarif der Kohlenarbeiter habe der Vormann keinen Anteil am Affordlohn, die Firma müsse ihn mit mindestens 7,50 Mk. Tagelohn entschädigen. Bei den Verhandlungen über diese Sonderarbeit sei der Vormann nicht erwähnt worden, weil der bisherige Brauch als selbstverständlich gegolten habe. Wollte die Firma bei diesen Arbeiten den Vormann nicht aus eigener Tasche bezahlen, dann wäre es ihre Pflicht gewesen, dies bei den Verhandlungen anzuführen. Kröger & Stein bezahle doch auch in solchen Fällen bei Überstunden zu dem Affordlohn den Aufschlag von 1 Mark anstandslos, wie es der Tarif vorschreibe. Die Abmachungen drehten sich nur um den Preis, in allen anderen Punkten galten die Tarifbestimmungen. Es sei wohl richtig, daß mehrfach ähnliche Arbeiten ausgeführt wurden, doch hätten sich die Leute nur einmal mit der Berechnung einverstanden erklärt, weil sie Stückgut und nicht ständige Kohlenarbeiter waren und aus Unkenntnis handelten. Weder die Lohnkommission noch die Kohlenarbeiter hätten davon etwas gewußt. Wohl sei es richtig, wie die Firma behauptet, daß jene Leute schon mehrere Jahre am Hafen tätig seien, aber auch im Tarif für Schauerleute werde bei Kohlen- und Koksarbeiten auf den Tarif für die Kohlenarbeiter hingewiesen. Es sei auch nicht richtig, daß man es hier nur mit Ladearbeiten zu tun habe. Sie könnten ebenso gut als Vöhrarbeiten bezeichnet werden. Vier Fünftel der Arbeiter seien auf den Rähnen mit dem Wägen, und nur ein Fünftel mit dem Beladen des Schiffes beschäftigt gewesen. Auch der Hafenmeister stehe auf dem Standpunkte, daß der Vormann nicht mitarbeiten könne, wenn auf dem Schiff mit Hochdruck gearbeitet werde. Da habe er gerade genug mit dem Aufpassen für regelrechten Arbeitsgang und richtige Beladung zu sorgen, und das zu bezahlen stehe der Firma an. Diesen durchaus stichhaltigen Gründen schloß sich auch das Gewerbegericht an. Es verurteilte die Firma zur Zahlung von 32,35 Mk. und die Gerichtskosten. Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß es sich nach den übereinstimmenden Angaben beider Parteien um eine außerhalb des Tarifes liegende Tätigkeit handle. Von dem Vormann und dessen Lohnanrechnung auf diejenige der Arbeiter sei niemals die Rede gewesen. Es handle sich also um einen Abzug vom verdienten Lohn der Arbeiter, und ein solcher Abzug könne nur

gemacht werden, wenn es das Gesetz gestatte. Dafür sei keine Grundlage vorhanden. Neben dem Gesetz würde in Frage kommen eine ungewisse, tief eingewurzelte Meinung von solcher Art, daß ein solches Verfahren fast täglich stattfindet. Die grundsätzliche Wichtigkeit dieser Frage werde vom Gericht im vollen Maße anerkannt, ja, sie sei so wichtig, daß sie zu einer tariflichen Festlegung nötige. Das Gericht ist überzeugt, daß es jetzt zu einer Vereinbarung kommen muß, doch schlechte das Urteil die Sache nicht ab, sondern gebe nur die Grundlage für eine endgültige tarifliche Regelung.

b. Kaufmannsgericht am 10. Juni. Der erste Schritt des Großhändlers. Vor zwei Jahren war ein jetzt auswärtig wohnender Handlungsgehilfe in der Fleischwarenfabrik Sch. kurze Zeit beschäftigt. Die Anstellung sollte nur probeweise sein und deshalb war monatliche Kündigung ausgemacht. Auch diese Frist wurde aufgehoben, als sich der junge Mann angeblich eines zu leichtem Lebenswandels befleißigte und die Bureaufunktionen nicht recht einhielt oder während dieser seiner Pflicht nicht genigte. Eines Tages kam er garnicht, womit seine Entlassung nach den vorherigen Mahnungen gegeben war. Es stellte sich heraus, daß der junge Mann eines Kropfleidens wegen ärztlicher Behandlung bedurfte. Trotz aller K. nachgesagten Untugenden liegt aber bei den Akten ein Zeugnis, daß er die Arbeiten zu vollen Zufriedenheit erledigt hat. Nachdem K. das Minderheitsalter erreicht hatte, strengte er nachträglich Klage auf Zahlung von 120 Mk. Lohn inklusive zweijähriger Zinsen an. Nach längerer Verhandlung kam ein Vergleich auf Widerruf zustande. Der Kläger soll 70 Mark erhalten unter der ausdrücklichen Bemerkung, daß der Beklagte weiter durch den Vergleich noch durch eine Prozeßfortführung die Forderung als berechtigt anerkennt. Sollte der Kläger mit dem Vorschlag nicht einverstanden sein, dann er hat nachzuweisen, ob vor 2 Jahren sein Kropfleiden eines operativen Eingriffs bedurfte und ob er die ärztlichen Maßregeln befolgt hat. — Belobte Prozeßparteien. Mit bestimmt mündlicher Abmachung will der früher selbstständig gewesene Handlungsgehilfe K. aus Hamburg von dem Travemünder Kaufmann Sch. engagiert sein. Am selben Tage noch begann sich Sch. und teilte dem Kläger brieflich mit, daß er von einer Anstellung absche. Heute behauptet der Beklagte zudem, eine endgültige Abmachung sei garnicht getroffen, jedenfalls könne er sich des bestimmten Wortlautes nicht mehr erinnern. Wegen der in gefallenen Summe werde er jedoch keinen Eid leisten und einem Vergleich gern zustimmen. Nach einem rechtlichen Handel einigten sich die Parteien auf 75 Mk. Verlangt waren 140 Mk. Monatslohn und 40 Mk. Umfahspesen. Für die gegenseitige Nachgiebigkeit erteilten die Parteien die Anerkennung des Gerichts.

b. Schöffengericht am 11. Juni. Eine „glatte“ Briefverleumdung. Auf einfache Weise eriparte der Expedient der bürgerlichen Rechtsanwaltskanzlei der Post die Arbeit. Mit seinen 100 Mark Monatsgehalt, von denen 70 Mark allein für Pension abgingen, konnte er sich nicht durchfinden. So mußte die Postkasse erhalten, aus der 25 Mark in bar nahm. Weiter steckte er nach und nach 300 Mark und das Porto dafür ein. Da die Schreiben nicht expediert wurden, kamen natürlich die Reklamationen ins Bureau geschneit, die zuletzt den Schwindel aufhellten. Urteil 1 Monat Gefängnis — Strafe muß auf jeden Fall sein. Ein eigenartiges Vorwissen beschaffte heute das Schöffengericht, das, wenn es Schule macht, bald zu ausgedehnten Entlassungen führen kann. Im März kamen zwei Arbeiter nachts um 10 Uhr die Breite Straße heruntergelaufen, von denen der eine, S., nach Angabe des Schuhmanns Nr. 189 den Zickzackkurs eingeschlagen haben soll. Davon wußte der Begleiter H. nichts; von den 3 halben Metern hier sei S. nur schwach angetrunken gewesen. Vor dem Riesenbazar kam der Schuhmann auf sie zugelaufen und forderte die beiden auf, weiter zu gehen, insbesondere hatte er S. auf S. abgesehen, an den er sofort zweimal die Aufforderung richtete. Laut waren die Arbeiter nicht. Der Schuhmann packte den S. so scharf an, daß dieser zur Erde fiel. Dann mußte er mit zur Wache, welchem Befehl S. widerspruchlos nachkam. Auf der Wache wollte sich der zweite Arbeiter erkundigen, worum S. fesselt wurde, er bekam aber einen Schuß, wobei ihm im Korbe 7 Stück Eierkaput gingen. Wenn man den Schuhmann hört, dann war allerdings eine große Gefahr in Sicht. Obwohl die Straßen Lübecks nachts um 10 Uhr fast leer sind und die Arbeiter niemand belästigten, so hätte eine Belästigung doch leicht beim Theaterklub geheißen können. Ein anderes Bild ergibt sich aus den Zeugnisaussagen. Der Begleiter bekundet, daß sie ruhig sprehend ihres Weges gegangen sind und ein Schneider, der mit Frau und Tochter die Straße hoch kam, hatte von einem Wackeln und Belästigen nichts gesehen. Wohl aber gewährte er, wie der Schuhmann den S. in derber Weise niederriß und auf die Frage des Niedergerückten: „Warum stoßen Sie mich hin, ich habe nichts getan“ ihn stieß. Dieser Zeuge erklärt, daß er und andere Leute nicht geglaubt haben, daß so etwas vorkommen könne. Wenn die beiden laut gewesen wären, hätte er es hören müssen, da nur wenige Menschen auf der stillen Straße waren. Der Vertreter der Anklagebehörde meinte selbstsamweise, daß die Aussage des Begleiters nicht übermäßig zu beachten sei. Der Schuhmann hätte nicht eingegriffen, wenn das Verhalten des Angeklagten nicht dazu Anlaß gegeben hätte. Die 5 Mark Polizeistrafe wurden wieder beantragt. Das Gericht kam doch zu einer Verurteilung, zwar nicht laut Anklage wegen Unfug, sondern wegen Übertretung der Straßenpolizeiordnung nach § 115, 116. In der Verhandlung sei nicht nachgewiesen, daß großer Unfug verübt worden sei. Festgestellt sei nur, daß S. laut gesprochen habe, aber nicht so, wodurch die nächtliche Ruhe gestört wurde. In gewissem Sinne habe der Angeklagte allerdings nicht mehr gerade gehen können. Der Schuhmann habe heute seine Befundungen mit Vorsicht gemacht, sich an den Begleiter gewandt und ihn aufgefordert, mit dem andern weiterzugehen. Der Angeklagte mußte bestraft werden, weil er der Aufforderung nicht folgte. Das mußte er jedoch tun, gleichviel ob sie begründet war oder nicht. Den Weisungen eines Sicherheitsbeamten müsse unbedingt Folge geleistet werden. Es komme aber nur die denkbar mildeste Strafe in Betracht, die auf 1 Mark lautet. So weit die Trunkenheitsgeschichte, die so gefährlich nicht sein konnte, denn der Stifter wurde nachher wieder entlassen. Sollte er wohl noch einem zweiten so gestrengen Schuhmann in die Quere laufen? Wenn überall die Zügel so stramm gezogen werden, wie bei diesem Arbeiter, hätten die Gerichte sich mit solchen Bagatelldingen häufig zu beschäftigen.

Carre, der größte Zweimanegen-Zirkus kommt Donnerstag, den 18. Juni, nach Lübeck. Carre, den man den „deutschen Barnum“ nennt, bringt uns damit ein Werk echt amerikanischen Unternehmungsgewisses, gepaart mit deutscher Reellität. Er steht mit seinem Dreimast-Zirkus — alle anderen Pferdezirkusse haben bekanntlich nur zwei Masten und einen dadurch bedingten kleineren Fassungsraum — konkurrenzlos da. Nicht weniger als 70 Programmnummern bringt jede Vorstellung. In dem riesigen Lustraum bewegen sich Luftakrobaten, Trapezkünstler usw. an fliegenden Reden und Trapezen. Für die Manegen sind Reiter und Reiterinnen aller Nationen verpflichtet. Neben dem großen Zirkusbetriebe führt Carre eine Reisenmenagerie mit sich, die Elefanten aus

Indien, Lamas aus Peru, Kamele aus Persien, Kangarut aus Australien, indische Tiger, afrikanische Löwen, amerikanische Bisons, kalifornische Seelöwen, grönländische Eisbären, afrikanische Zebras, einen Schimpansen im eigenen Salonwagen, russische Wölfe, Hyänen aus Afrika, indische Zebu und Nilgau-Antilopen, Hirschziegen-Antilopen, sowie Edel- und Elg-Hirsche und anderes enthält. Des weiteren wird eine einzig dastehende Pferde-Ausstellung geboten, sowie eine Abnormitäten-Schau. Großen Reiz hat die Völkerschau mit ihren Beduinen, Japanern, Chinesen, Marokkanern, Comboys, Arabern, Singalesen, afrikanischen Negern und Mulatten. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß nach hier die ganze ungeteilte Gesellschaft kommt.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Es wird hiermit noch einmal auf das reizvolle Schauspiel „Fettchen Gebert“ von Georg Herrmann, welches hier am Freitag seine Erstaufführung erlebt, ganz besonders hingewiesen. Sonnabend kommt die reizende alte Operette „Der Vogelhändler“ zur Wiederholung. — Am Dienstag, dem 16. Juni findet das erste Gastspiel des Stadthallen-Ensembles in Travemünde im neuen Kursaal, dessen Bühne nach Beratung durch Dir. Horwitz zu einem reizend intim wirkenden Bühnenraum gebildet wurde, statt.

Sausommertheater. Man schreibt uns: Auf die Vorstellung „Die Siebzehnjährige“ sei nochmals besonders hingewiesen. Sonnabend wird „Fräulein Trallala“ zum letzten Male gegeben, um dem neuesten Operetten-schlager „Der Fuzbaron“ Platz zu machen. Die Operette wird auch hier ihre Zugkraft nicht verfehlen. Im Schauspiel wird neben „Raub der Sabinerinnen“ und „Zelle Prinz“ noch „Madame Sans Gêne“ vorbereitet.

Öffentliche Zierkerkerfeste Lübeck, Parade 1. Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 12. d. M., abends 6—7 Uhr.

Ein Ausflug nach Wismar mittels des Seedampfers „Adler“ veranstaltet am kommenden Sonntag die hiesige Ortsgruppe des Schneiderverbandes. Hierzu sind noch Karten, auch an Nichtmitgliedern, erhältlich. (Siehe Inserat.)

Rageburg. Der Zusammenbruch der Spar- und Darlehnskasse. Wie mitgeteilt wird, ist der Zusammenbruch der dortigen Spar- und Darlehnskasse unvermeidlich geworden. Es ist bereits von der Hauptgläubigerin, der Landesgenossenschaftskasse in Kiel, Konkursantrag gestellt worden. Sehr wahrscheinlich wird der Konkurs in diesen Tagen eröffnet werden. Der Zusammenbruch der Kasse gefährdet leider eine ganze Reihe Existenzen in Rageburg und auf dem Lande. Zahlreiche Familien können dabei als Opfer zu großer Vertrauenslosigkeit ruiniert werden.

Neumünster. Ein fröher Strazenraub, wie er in solcher Brutalität nur selten stattfindet, ereignete sich am Dienstag nachmittag auf der Begeßstraße Bad Bramstedt-Wrist. Dort ging ohne Begleitung der Revisionsbeamte Besthorn der Buchdruckerei-Berufsgenossenschaft. Plötzlich sprangen vier russisch-polnische Arbeiter aus dem Gebüsch und drangen gemeinsam von allen Seiten auf den Beamten ein. Sie banden ihm Hände und Füße mit bereitgehaltenen Stricken zusammen und schleppten ihn nach einem Gehölz. Dort banden sie ihn, nachdem sie seinen Mund mit dem eigenen Mantel verschütt hatten, um ihn am Schreien zu verhindern, an einem Baum fest. Als dann begann die Plünderung. 28 Mark an Geld, Uhr und Kette und Messer fielen den Straßenräubern in die Hände. Außerdem zogen sie ihm mit Gewalt die Ringe vom Finger. Ohne sich weiter um den Ueberfallenen und Gefesselten zu kümmern, gingen die Burken fort. Nach Verlauf von mehreren Stunden war es Besthorn gelungen, sich zu befreien. Er legte sich mit den Beschädigten in Verbindung, ein Automobil wurde requiriert und alsdann die Verfolgung aufgenommen. Es gelang, die vier Räuber, die beieinander geblieben waren, auf dem Wege Broßstedt-Wrpsdorf einzuholen, festzunehmen und sie gefesselt dem hiesigen Polizeigefängnis zuzuführen. Sie heißen Johs. Glor, Lucjinski, Protow und Damedowisch.

Sagenow. Aufgepöcht und getötet wurde auf dem Rittergut Tornow bei Krözig der bejahrte Kuhfütterer Brehmer beim Viehfüttern. B. wurde von einem Bullen gegen die Wand gedrückt, wobei ihm das wütende Tier mit den Hörnern den Leib völlig aufriß.

Grabow. In den Streif getreten sind bei der Firma F. Lüthke, Zafffabrik, die Vötker und Arbeiter.

Celle. Aussperrung der Dachdecker. In Celle hatten sich die Dachdecker mit den Unternehmern über die Aenderung der Arbeitszeit an den Sonnabenden geeinigt. Es sollte an diesen Tagen statt um 6 Uhr um 4½ Uhr Feierabend sein; ohne Vesperpause bezug an Sonnabenden die Arbeitszeit neun Stunden. Bezahlt sollte nur die wirklich geleistete Arbeitszeit werden. Als der Unternehmerverband im Baugewerbe davon erfuhr, ordnete er an, wer um 4½ Uhr am Sonnabend Feierabend mache, wird ausgesperrt. Tatsächlich sind dann auch in einer Werkstatt am Sonnabend, 6. Juni, die Gesellen entlassen worden. Daraufhin haben am Montag früh sämtliche Dachdecker die Arbeit eingestellt. Zugug ist fern zu halten.

Aus Nah und Fern.

Beim Probefischen erschossen. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Dienstag auf dem Schießstand des Schützenhanjes in Sagan ereignet. Bei einem Probefischen wurde der Arbeiter Engemann so unglücklich getroffen, daß er bald darauf starb. Er hinterläßt Frau und drei Kinder.

Väter und Mütter der Arbeiterschaft!

Schickt eure schulenklassenen Söhne und Töchter zu den :: Veranstaltungen der ::

Freien Jugend Lübecks!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meißner & Co.
Sämtlich in Lübeck.

J. Ramm, Schlutup
 Manufaktur- und Kurzwaren.
 Arbeiter-Garderoben.
 Schulwaren-Lager.
 Herren-, Damen- u. Kinderstiefel
 in reichster Auswahl. (17)
 Reparatur-Werkstatt.



3352

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
 Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
 Markt 4 **10**
 sind vorteilhaft bekannt durch
 gute Verarbeitung u. sehr billige
 Preise. N. a.:
 Lederhosen . . . 2.20—6.45
 Mäntel . . . 2.60—6.75
 Schloßhosen . . . 1.88—5.25
 Überziehhosen . . . 1.08—2.35
 Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25
 feine Jacken, schräge u. gerade,
 1.28, Kragen, Hemden, Schlach-
 tertaschen, Friseurjacken, Malermäntel
 erstaunlich billig. Mägen von 30
 Pf. bis 1.88 Pf. Note Lubecum.



Sektions-Versammlung
 der
Koll- und Blutwagen-
tuffiger
heute
am Donnerstag, dem 11. Juni
 abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung:
 Innere Verbandsangelegenheiten.
 (4801) Der Vorstand.

Schulchreibhefte
 mit den neuen Vincaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Verband der Schneider, Schneiderinnen
und Wäschearbeiter Deutschlands
 Filiale Lübeck.

Ausflug nach Wismar
 per Salondampfer „Seeadler“
am Sonntag, dem 14. Juni 1914
 Abfahrt v. Lübeck (Drehbrücke) morg. 6 1/2 Uhr präz.
 Rückfahrt von Wismar abends 9 1/2 Uhr.
 Preis der Karte für Hin- und Rückfahrt Mk. 2.50.
 Schulpflichtige Kinder zahlen 80 Pfg.

Karten sind zu haben im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße
 50—52, bei den Herrn W. Köpke, Reichenstraße 29, A. Rönfeldt,
 Poststraße 29, Ginterhaus W. Stakmer, Brüdernstraße 9, beim Komitee
 Fr. Rohr, Schönemannstraße 33, K. Böcker, Bleichenstraße 13a,
 J. H. Meyberg, Postenstraße 23, post.
 (4802) Das Komitee.

Eisenbier „Ferrmaltan“

D. R. P. Nr. 261 305. D. R. Wz. Nr. 134 826, 137 327 und 18 333.

Hervorragendes Nähr- und Stärkungsgetränk

mit feststehendem organischem Eisengehalt

für Blutarme, Bleichsüchtige, Wöchnerinnen,
 stillende Mütter, Nervöse, Rekonvaleszenten.



Dieses hervorragende Stärkungsgetränk ersetzt in
 seiner Wirkung die teuren Eisenpräparate vollständig
 und bietet bei seiner Billigkeit jedem die Möglich-
 keit einer erfolgreichen Kur.

Alkoholarm, extraktreich, Appetit anregend.

Aerztlich empfohlen und begutachtet.

Von hervorragenden Chemikern analysiert.

Fragen Sie Ihren Arzt.

Preis pro Flasche 20 Pfg.

Erhältlich in Drogerien, Kolonialwarenhandlungen und einschlägigen Geschäften.

Aktienbierbrauerei Lübeck

Fernsprecher 69.

Vertreter und Verkaufstellen überall gesucht. (4189)

Weidemilch — Gesundheitsmilch.
Weidezeit — Köstliche Milchzeit.

Am herrlichsten schmeckt die Milch während der Weidezeit.
 Am gesündesten ist die Milch während der Weidezeit!

Warum?

Die Kühe nähren sich ausschließlich von dem jungen,
 sprießenden, nahrhaften Gras. (4604)
 Instinktiv vermeiden die Kühe die Aufnahme ungesunder
 Gräser.

(Fortsetzung folgt.)

Ansichts-Karten
 empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Bisitenkarten Fr. Meyer & Co.,
 11. Elfenbeinkarton, 100 Stück von 1.00 Mk. an
 Johanne-
 straße 46.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund
 Bezirk Lübeck.

Einladung zum
2. Bezirkssängerfest
 in Bad Oldesloe
 am Sonnabend, dem 13. und Sonntag, dem 14. Juni
 im Lokale Stadt Lübeck.

Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Festkommers.

Sonntag, den 14. Juni, nachmittags 3 Uhr:

Konzert mit nachfolgendem Ball

Preis der Festkarte für Fremde 1 Mk., eine Dame frei.
 Für Mitglieder 50 Pfg.

(4594)

Der Festausschuß.

Uhren, Goldwaren,
 Silberwaren, Hoch-
 zeits-, Tauf- und
 Patengeschenke
 empfiehlt (46)
Willi Westfeling
 32 Holsten- 32
 strasse

Jeden Freitag
 vormittag ver-
 kaufe in
 Schmartau auf dem Marktplatz
 frischen Seelachs, Pfund 20 Pfg.,
 Schellfische, Pf. 30 Pfg., Fisch-
 carbonade 40 Pfg., feinste biofleisch,
 Goldbutt, Rhodarbber, Gurken billigst
Johs. Boy, Fischhandlung, Lübeck.

Versammlung

familtcher

beiden Holzspediteuren
beschäftigten Arbeiter

am Freitag, dem 12. Juni

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu unserem Lohn-
tarif.
 2. Verschiedenes.
- Wegen der wichtigen Tagesord-
nung ist das Erscheinen sämtlicher
Kollegen notwendig.

4602) Der Vorstand.

Hallo!

„Gasthof am Kreuzweg“
Seeretz.

Sonntag, dem 21. Juni 1914:

Gr. humor. Ringreiterfest

Hierzu ladet freundlichst ein (4587)
Die fidelen Reiter und E. Cordis.

Achtung!

Die weltberühmte süddeutsche

„Turmseil-Künstler-Truppe“

gibt noch einige Tage Vorstellung
 auf dem bekannten Platze in der
 Hansastrasse bei der Gastwirtschaft
 zum Hansakrug mit den neu einge-
 troffenen Künstlern u. Künstlerinnen.
 Das hohe Seil wird von heute ab
 von mehreren Seilläufern bestiegen,
 worauf die schwersten Produktionen
 ausgeführt werden. Anfang abends
 8 Uhr. Es ladet ergebenst ein
 (4590) **Die Direktion.**

Stadthallen-Sommertheater.

Donnerstag, den 11. Juni
 abends 8 1/4 Uhr:

Auftreten von Direktor V. Horwitz.
Der Bettelstudent.

Operette von Carl Millöcker.
 Oberst Ollendorf Dir. Victor Horwitz

Freitag, den 12. Juni
 abends 8 1/4 Uhr:

Novität! Novität!
 Erfolgreichste Schauspielnovität des
 Kleinen Theaters in Berlin

Jettchen Gebert.

Schauspiel von Georg Hermann.

Sonnabend, den 13. Juni
 abends 8 1/4 Uhr:

Wiederholung der reizenden alten
 Operette

Der Vogelhändler.

Von Carl Zeller.

Vorverkauf zu allen Vorstellungen:

Zigarrenhandlung **Otto Borchert.**

Musikalienhandlg. **F. W. Kaibel.**

Rudolph Karstadt.

Dutzendkarten haben zu allen Vor-
 stellungen Gültigkeit. (4593)

Sommertheater

in Fritz Rittschers Hansatheater.

Dir. Ernst Albert.

Heute Donnerstag, den 11. Juni:

Das Farmerädchen.

Freitag, den 12. Juni:

Das spannende Schauspiel v. Dreyer
Die Siebzehnjährigen.

Sonnabend, den 13. Juni:

Zum letzten Male
Fräulein Trallala.

Sonntag, den 14. Juni:

Die neueste aufsehenerregende
 Operette von Kollo:
Der Juxbaron.

Anfang stets 8 1/4 Uhr. (4599)

Richard Strauß!

1864 — 11. Juni — 1914.

Die Werke eines jeden großen Künstlers sind Spiegelbilder der Zeit, in der er schuf. Nur, wenn in ihnen die geheimnisvollen Strömungen aufgedeckt sind, die das Getriebe des Zeitgeschehens lenken, ihnen die charakteristischen Merkmale aufprägen, die es von der Gestaltung früherer oder späterer Zeitepochen scharf unterscheiden und abheben, können sie sich von Geschlecht zu Geschlecht weiter vererben, ohne von ihrem Reize zu verlieren. Denn über Werke solcher Art, in denen die Bestrebungen eines ganzen Zeitalters sich gewissermaßen kristallisiert, bleibt immer jener Glanz gebreitet, welcher wie der Silberhauch an reifen, edlen Trauben ihre köstliche Frische und Reinheit verbürgt. Sie behalten stets den Reiz der Aktualität, des Neuenseins, weil sie Zeugen sind aus einer Entwicklungsstufe der Menschheit, die ebensowenig wie diese selbst uninteressant werden können. Diese Werke mögen nun den verschiedensten Gebieten menschlicher Betätigung entstammen: sofern sie nur recht aus dem Geiste ihrer Zeit geboren sind, kommen sie als klassische Taten auf die Nachwelt!

Die Musik, die Kunst der Wiedergabe aller Gemüts- und Herzenregungen, für deren Ausdruck die Sprache nicht ausreicht, in Tönen, unterliegt natürlich diesem Gesetz gleichfalls. Nur jene Musiker, deren Werke den Ideenreichtum ihrer Zeit darstellen, kamen auf die Nachwelt und wirken heute wie zu ihren Lebzeiten. So z. B. Beethoven, dessen Hauptleistungen in die Zeit fällt, da die Freiheitsideen der großen französischen Revolution über die Länder dahinströmten, und in dessen Werk der menschlichen Seele immanente Freiheitsdrang zu lodern den Flammen emporstiege. Auch das Werk Wagners, der mit seinen Erlösungs- und Entsagungsopern der modernen bürgerlichen Gesellschaft das Schwanenlied sang, wird deswegen ewigkeitsgeltung erlangen.

Die Frage, ob auch die Werke des modernsten und bedeutendsten aller lebenden Komponisten, Richard Strauß, ihren Schöpfer überleben werden, also eigentlich die Frage, ob sich in ihnen das Wesen einer Zeit widerspiegeln, darf kaum mit einem Ja beantwortet werden. Richard Strauß, der in diesen Tagen das fünfzigste Lebensjahr vollendet, gilt als der brillianteste Orchesterleiter, der je gelebt hat. In der Bewältigung technisch-musikalischer Probleme ist er der Meister aller Meister. Dem modernen Orchester hat er durch die Raffiniertheit seiner Klangmischungen, durch seine phänomenale Instrumentierungskunst, die sich der Hilfe der abenteuerlichsten Instrumente bedient, durch die Feinheit in der Verwendung der Klangfarben, einen strahlenden Glanz verliehen, den es vor ihm nie befehlen hatte. Selbst Wagner, der doch die sinnlichen Wirkungen seines Orchesters auf die Hörer in raffiniertester Weise zu berechnen verstand, reicht als Techniker nicht an Strauß heran. Während schon bei dem Barreuther Meister fast jedem einzelnen Orchesterinstrument eine besondere selbständige Rolle zugewiesen ist, so daß es scheint, als musiziere jeder Geiger und Bläser für sich, nicht zur Begleitung und Verstärkung des Mitspielers, so macht das Straußsche Orchester geradezu Kammermusik, d. h., jedes Instrument tritt eine besondere selbständige Melodie und die Spezialkomposition, die jeder einzelne Orchestermusiker wiederzugeben hat, ist aufs feinste und schulgerechteste durchgeführt. Richard

Strauß fordert in seinen Kompositionen von jedem Instrument das Neueste an Klangmöglichkeiten. Kein technischer Verlangen sie daher die gespannteste Aufmerksamkeit und höchste Gewandtheit der ausübenden Musiker. Jeder von ihnen kommt im Rahmen des Orchesters als Individuum zur Geltung — jedes einzelne Instrument muß hergeben, was es kann. Daher rührt der sinnverwirrende Glanz, der vom Orchester Richard Strauß ausstrahlt und die Hörer fasziniert.

Richard Strauß ist hauptsächlich Programm- und Sinfoniker, d. h., er legt seinen Kompositionen gewisse Ideen oder Geschehnisse zu Grunde, die sie illustrieren oder in der Tonsprache ausdrücken sollen. Seine Schöpfungen sind also nicht freie, fessellose Produkte einer ungehemmt schaffenden Phantasie, wie etwa die meisten Symphonien Beethovens, sondern füllen einen vor der Ausführung genau abgetesteten Rahmen aus. Straußens Vorgänger in der Programmmusik waren Hector Berlioz und Franz Liszt, der Schwiegervater Wagners. Zweifellos ragt Strauß mit den meisten seiner Schöpfungen über die Berlioz hervor, während er Liszt an Tiefe und Schwung seiner musikalischen Ideen nicht gleichkommt. Wohl aber übertrifft er auch ihn als Orchester-Techniker bei weitem und er weiß dadurch den Anschein, als überrage er ihn an Bedeutung. Doch: aller Glanz und aller Sinnenflimmer, der auf seinem Orchester ruht, vermag nicht, die gedankliche Oberflächlichkeit seiner Tonwerke, besonders der sinfonischen Dichtungen, zu verbergen. Wohl verblüfft den Hörer zunächst die geistverwirrende Fülle orchesterlicher Effekte, der Reichtum an merkwürdigen Dissonanzen, Trillern und Akkorden, deren sich Strauß mit Vorliebe bedient — aber es bleibt gewöhnlich bei der Verblüffung, sie wird nicht abgelöst von einer nachhaltigen Erschütterung des Gemütes. Strauß ist eben ein typischer Vertreter des modernen Bürgertums, dem der glänzende Schein, die Pracht nach außen, über alles geht. Für aufwärtsführende Menschheitskultur hat es den Blick so ziemlich verloren, es trachtet danach, sich im Erworbenen zu erhalten — und sucht die zu diesem Zwecke notwendige innere, sittliche Macht, die ihm aber fehlt, wenigstens durch eine entsprechende Dekoration vorzutäuschen. Das bürgerliche Individuum sucht mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln einen Rang zu erobern, der ihm heute, im Zeitalter der Massenbewegungen, nicht mehr zukommt. Die moderne Literatur krankt ebenso wie die moderne Musik an diesem übertriebenen Individualismus, dessen Vertreter die ganze Welt nur in Hinsicht auf sich selbst zu werten verstehen. Richard Strauß gehört ebenfalls zu ihnen. In den meisten seiner sinfonischen Tondichtungen ist er der Held, dessen Leben und Streben verherlicht werden. Er hat sogar den, wie Riemann meint, „überwichtigen“ Versuch gemacht, die Nietzsche'sche Philosophie vom Uebermenschen in Musik zu setzen — in seiner Sinfonie „Also sprach Zarathustra“.

Strauß zeigt mit solchem Bestreben natürlich nur, daß er die eigentliche Bedeutung unserer Zeit, in die das Morgenrot der zukünftigen Massenherrschaft, welche die jetzt bestehende Kastenherrenschaft ablösen wird, hineinleuchtet, nicht versteht. Ein Charakteristikum des beginnenden Verfalls der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, das rastlose individualistische Bestreben, das nun das intellektuelle Bürgertum durchzieht, sucht Richard Strauß sich vor, um es mit seiner Musik zu verherrlichen. Er ist daher ein Künstler der Dekadenz, wie auch Richard Wagner ein solcher war. Da ihm aber dessen intuitive musikalische Schlagkraft fehlt, wird er

mit seinen Werken kaum je auf die breiten Massen, denen die Zukunft gehört, wirken können. Lebendiger Nachruhm bleibt ihm daher aller Wahrscheinlichkeit nach versagt, wenn er auch wegen seiner großartigen technischen Förderung der Musik historische Geltung erlangen wird.

Richard Strauß wurde am 11. Juni 1864 in München als Sohn eines Hofmusikers geboren. Sein Hauptlehrer und Förderer war der berühmte Dirigent und Freund Richard Wagners Hans von Bülow, der ihn zu einem der großzügigsten Kapellmeister der Gegenwart heranbildete. Mit 21 Jahren schon wirkte er unter Bülows Leitung an der berühmten Meininger Kapelle als Musikdirektor. Bald wurde er Hofkapellmeister in München und Weimar und endlich Berlin, wo er noch heute an der Spitze der Kgl. Kapelle als Generalmusikdirektor steht.

Als Komponist trat Richard Strauß ebenfalls schon sehr früh an die Öffentlichkeit. Aus seiner ersten Kompositionszeit stammt unter anderem seine bekannte Sinfonie „Aus Italien“ — opus 16 —, in der er in vier Sätzen mit je einem besonderen Programm die Eindrücke seiner italienischen Reise schildert. Während er mit diesem Werke noch zum Teil in den Bahnen der klassischen absoluten Musik Mozarts und Beethovens wandelte, bekannte er sich mit den nun folgenden einflussreichen „sinfonischen Dichtungen“ als ausgesprochener Programmmusiker im Sinne Liszts. Es sind das, in der Reihenfolge ihrer Entstehung, die nachstehenden: „Don Juan“, „Tod und Verklärung“, „Macbeth“, „Till Eulenspiegel“, „Also sprach Zarathustra“, „Don Quixotte“, „Heldenleben“ und „Sinfonia domestica“. Die am längsten währende Dauer scheinen von diesen Werken wohl der überaus lustige und witzige „Till Eulenspiegel“ und „Tod und Verklärung“ zu versprechen, dieses wegen seiner naturalistischen Tonmalerei.

Auch in der Oper versuchte sich Strauß. 1894 erschien sein Musikdrama im Wagnerstil „Guntram“, das sich aber, trotz mancher wirklich reifen Schönheiten in der musikalischen Erfindung, nicht durchsetzen konnte. Die Opern, mit denen Strauß einst das größte Aufsehen erregte, die ihm ebenso maßlose Freunde wie Feinde schufen, erscheinen jetzt nur noch selten auf den Spielplänen unserer größeren Bühnen. Es sind dies: „Feuersnot“ (1901), „Salome“ (1905), „Elektra“, „Der Rosenkavalier“ und „Ariadne auf Naxos“. Wolzogen, Oskar Wilde und Hugo von Hofmannsthal waren seine Textdichter. Sein jüngstes Bühnenwerk, die „Johannis-Legende“, erlebte vor einigen Wochen in Paris die Aufführung und soll, nach den Urteilen der dortigen Kritiker, keine Aufwärtsentwicklung des Komponisten bedeuten.

Am populärsten geworden ist Strauß als Komponist von a-cappella-Chören, wie nach dem „Hymnus“ Rückert'schen Gedicht und dem Schiller'schen „Abend“, ferner durch seine Orchester- und Chorphantasie „Till Eulenspiegel“, vor allem aber durch seine zahlreichen Liederkompositionen. Mit seinem Gefühl für Stil und Inhalt hat er eine Anzahl von Gedichten zumeist moderner Lyriker, wie Herbell, Dehmel u. a. vertont, die heute zum festen Repertoire der Konzertfänger und Sängerinnen gehören.

Heinz Weiden.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlatter.

(14. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Ein verbrauchtes Damasttisch, das hier und da hatte gestanden, mußte, in dem man aber so friedlich sah, daß man gar nicht wieder aufstehen mochte; ein runder Tisch, auf dem eine schneeweiße Kaffeekanne lag; eine alte Schatulle, die als Schreibstift benutzt werden konnte, wenn ein Brett herausgezogen wurde; dazu Damaststühle aus Mahagoni, die mit dem Sofa zusammen entstanden waren. Eine weiße Glas-klappe führte in das Schlafzimmer hinein, wo Carlsen in der Nacht seine Frau und sein blondes Töchterchen und damit seine ganze Welt beisammen hatte. Unter dem einen Fenster hatte sich Frau Carlsen eine Erhöhung bauen lassen, um bequem hinaussehen zu können, wenn Carlsen die Zeitung las. Draußen am Fenster war ein sogenannter Spion befestigt, damit sie von dem stillen Straßenleben doch auch ihren Teil zu sehen bekomme.

„Ein Frauenzimmer ist doch immer ein Frauenzimmer“, hatte Septimus gesagt; „einen Spion muß auch Frau Carlsen haben.“

„Wenn ich gar kein Frauenzimmer wäre, wäre Carlsen ja betrogen“, hatte die lustige kleine Frau gesagt und Septimus hatte ihr recht geben müssen; sie war nun einmal das beste Frauenzimmer in der ganzen Stadt, das stand für Septimus fest.

Carlsen sah behaglich in der Sofaecke, schlürfte den delikaten Kaffee und genas dann und wann in langen Zügen den angenehmen holländischen Rauchtobak. Auf einmal stand das Bild vom frühen Morgen ihm wieder vor den Augen, aber ohne daß es in dieser schönen Nachmittagsstimmung eine Sehnsucht in ihm hätte wecken können. Er wollte nur mit seiner Frau darüber sprechen; er wußte, daß sie die Klügere war, und brachte gleichsam jede fremde Erscheinung zu ihr.

„Das ist ja wahr“, rief er plötzlich, wie ihm selber das Bild wieder auftauchte, „das hätte ich ja fast vergessen! Dagmar Engelbrecht ist in aller Frühe nach Italien gereist; die Familie in Kiel nimmt sie mit.“

„Das ist gut für Dagmar Engelbrecht“, sagte seine Frau gelassen und schenkte eine neue Tasse ein.

Carlsen fand, daß die Antwort reichlich gelassen sei. „Findest Du nicht auch, daß sie in Kiel eine glänzende Karriere gemacht hat?“

„In der Stadt spricht man sonst genug davon.“ „Das wundern mich nicht; für die Herren am Stammtisch ist Dagmar gewiß ein interessantes Thema.“

„Sie hat sich aber tapfer gehalten, darauf kannst Du Dich verlassen.“ „Ich bezweifle es nicht einmal; aber ich will Dir ein Beispiel nennen.“

Frau Carlsen sah ihn mit ihren klugen Augen an. „Sagst Du das alte Fräulein Jansen in all den Jahren nicht auch tapfer gehalten?“

„Das hat sie gewiß!“, sagte Carlsen ernst. „Und hast Du je gefunden, daß man sie dafür auf Händen getragen hat?“

„Nein!“, sagte Carlsen und mußte laut lachen. „Das ist aber auch etwas anderes.“

„Das ist es gerade, was mich bedenklich macht. Ich glaube, daß die Bewunderung viel mehr der schönen Dagmar als der tapferen Dagmar gilt.“

„Das mag schon sein; aber eine Kleinigkeit ist es auch nicht gewesen, bei dieser Herkunft auf dem rechten Wege zu bleiben.“

„Wahrhaftig nicht“, sagte Frau Carlsen und schauderte bei dem Gedanken an die Familie Engelbrecht zusammen. Darum gönne ich ihr auch alles, was sie augenblicklich hat; ich glaube aber nicht, daß sie es mit ihrer Tüchtigkeit verdient.“

„Sie ist aber doch, Gott verdamme mich, nicht so wenig tüchtig.“

„Das sind andere auch; dafür bekommt man seinen Lohn und weiter nichts.“

„Nun ja, aber in ihrem Geschäft ist die Schönheit auch eine Tüchtigkeit.“

„Das ist sie allerdings; aber auf die Schönheit und auf die Bewunderung der Männer läuft das ganze hinaus.“

Carlsen lachte; er räumte ein, daß die Männer in diesem Punkte alle Sünder seien. Ein wenig ungerecht war seine Frau gegen Dagmar freilich doch, aber er wußte ja, daß ihr die Familie Engelbrecht ein lebendiges Grauen war. Im übrigen konnte es nicht schaden, daß er die Sache mit ihr besprochen hatte. Carlsen stammte vom Lande; er war der Sohn kleiner Leute und war als Lehrling in die Stadt gekommen. In seinen Knabenjahren hatte er nie das Dorf oder die nächste Umgebung verlassen; hinter dem Labentisch stand er nun und sah mit tiefem Staunen in die bunte Welt des Stadtlebens. Er war nun schon jahrelang in dem kleinen Orte gewesen, erst als Handlungsgehilfe und dann als selbstständiger Krämer, ein Stämmen in den fremd ansehnlichen

ganz erwachsenen Jungen, dem eine Ahnung des Lebens aufzugehen begann. Auch der kurze hellblonde Vollbart vermochte dieses Staunen der Unreife nicht zu verdrängen. Dabei war in ihm eine heimliche Gier, möglichst viel von dieser mystischen Welt zu erlangen und zu begreifen, und in diesem Punkte kam ihm seine kluge Frau zu Hilfe. Sie waren dem Journal-Besitzer des Städtchens beigegeben und Carlsen studierte nun mit brennendem Eifer und gelegentlich mit ihrer Hilfe die „Mappe“. Die Romane und Erzählungen las er nicht. Er konnte nicht begreifen, wie man seine Zeit an etwas verlieren konnte, von dem man von vornherein wußte, daß es gar nicht wahr sei. Die gewerblichen Artikel aber, die mit Bildern von großen geschäftlichen Establishments geschmückt waren, die Berichte von fremden Ländern und von fremden Völkern, die Schilderungen aus den dunklen Werten großer Städte — all das verschlang Carlsen gleichsam mit wild aufgeregter Phantasie, und sein Staunen über die Unendlichkeit der Welt kannte keine Grenzen. Es war eine Freude für Frau Carlsen, wenn er seine oft so jugendlichen Fragen stellte. Oft mußte sie aber auch lachen, wenn seine Bauernschlauheit hinter den Dingen eine verborgene Abköhnte witterte, wo eine solche gar nicht vorhanden war.

Wenn Carlsen in eine Großstadt gekommen wäre, hätte er von vornherein jeden Vorgang für einen Schwindel und jeden Menschen für einen Fremdenjäger gehalten. Er hatte eine Ahnung davon bekommen, daß es in den großen Städten viel Schwindel gab, und sein mißtrauisches Bauerngehirn hielt nun alles für Schwindel. „Du mußt einmal nach Hamburg“, sagte seine Frau ihm oft lachend, und dann lachte Carlsen von ganzem Herzen mit; die Hamburger Jahre waren es gerade, die der Frau in seinen Augen die letzte und höchste Weisheit gaben. Frau Carlsen stammte aus einer kleinen Beamtenfamilie; die Eltern waren bescheidene, aber recht schaffene Leute gewesen, die allgemeines Ansehen genossen. Ihr heller Kopf hatte bald eingesehen, daß es für ihre Energie in der Welt draußen mehr zu hoffen gab als in den bescheidenen Gassen ihrer Vaterstadt. Sie war schon in einem sehr jungen Alter nach Hamburg gegangen und hatte dort zuletzt in einigen Familien sehr angenehme Vertrauensstellungen innegehabt. Es fiel daher auch allgemein auf, als sie sich bei ihrer Rückkehr mit Carlsen verlobte. Sie hatte sich freilich nicht mehr ersparen können, als man zu einer bescheidenen Aussteuer brauchte; ihre Schönheit war nicht größer, als daß sie leicht zu tragen war, ihr munterer Sinn aber und ihr kluger Verstand gewannen ihr viele Herzen. Man begriff nicht, daß sie diesen häuslichen Konsumgeschäften mit dem

Die Mülhauser Polizeischlachten vor Gericht.

Vor der Mülhauser Strafkammer begann am Dienstag die Verhandlung gegen den Redakteur der „Mülhauser Volkszeitung“, Genossen Geiler, wegen einer Reihe Artikel, die Bezug nehmen auf die Streikwelle im Juli 1913 am Mülhauser Nordbahnhof.

Wie erinnert, legten Anfang Juli 1913 circa 120 Erdarbeiter der Berliner Tiefbau-Mittelgesellschaft Berger die Arbeit am Nordbahnhof von Mülhausen nieder, weil die Firma die tarifmäßigen Löhne nicht bezahlte, sondern 8 bis 16 Pfg. pro Stunde weniger. Im Verlaufe des Streiks kam es dann zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizisten und Gendarmen mit der Zivilbevölkerung, in deren Verlauf zahlreiche Personen verletzt — darunter Frauen und Jugendliche — und zwei Arbeiter von der Polizei erschossen wurden. Wie die Polizei ihre Aufgabe zur Aufrechterhaltung der Ruhe, geht wohl am deutlichsten daraus hervor, daß neben der Heranziehung von Polizisten und Gendarmen aus der näheren Umgebung noch 50 Schutzeinheiten aus Straßburg, Jäger zu Pferde und Dragoner requiriert und daß Maschinenengewehre aufgestellt wurden. In einem der unter Anklage stehenden Artikel wird geschildert, wie ein bereits gefesselter Mann aus dem Publikum, der abgeführt werden sollte, von einem Polizisten mißhandelt, wie eine Frau auf freiem Felde, weil sie vom Streikgebiet, von einem Polizisten niedergeschlagen wurde und wie ein Gendarm einem jungen Mädchen nachritt, einem anderen Gendarm wurde Trunkenheit vorgeworfen. Den Polizisten werden dann weitere schwere Vorwürfe gemacht und über ihr Verhalten Behauptungen aufgestellt, die als Beleidigungen angesehen werden. Daß aber die sozialdemokratische Presse nicht allein über die Polizei entzündet war, geht daraus hervor, daß ein Zentrumsblatt am 9. Juli schrieb:

„Gestern floß Blut. Die Schlacht forderte einen Toten, einen Schwerverletzten, der dem Tode geweiht erscheint und mehrere andere Verletzte als Opfer. Ein entsetzlicher Ausgang! Wenn der nicht dazu führt, daß dem Streikstand, hervorgerufen durch soziale Unverständlichkeit, Vorentscheidungen selbstverständlicher Arbeiterrechte und des gerechten Lohnes, von oben herab ein Ende gemacht wird, dann laßt auf denjenigen, die sich der Rechte des Volkes anzunehmen haben, eine schwere Verantwortung.“

Die Anklage stützt sich darauf, daß den Polizeibeamten der Vorwurf des gegenwärtigen Eingreifens, der Mißhandlung und des unzulässigen Waffengebrauchs gemacht worden sei. Außerdem sei in einem Falle behauptet worden, daß Schutzeinheiten in Zivil agierten provocations gespielt hätten.

Von der Staatsanwaltschaft sind 57 Zeugen und von dem Angeklagten 50 Zeugen geladen.

Nach Verlesung der umfangreichen Klageakten und der unter Anklage stehenden Artikel gibt der Angeklagte Geiler eine Erklärung ab, wonach er die volle Verantwortung übernimmt; er sei selbst der Verfasser der Artikel. Der Angeklagte gibt eine Schilderung der Tatsachen, die zu dem Streik der Arbeiter bei der Berliner Tiefbaufirma Berger geführt haben. Die Bezahlung des tarifmäßigen Lohnes habe die Firma verweigert und dem Bauarbeiterverband geantwortet, sie fürchte einen Streik nicht, sie sei vielmehr gerüstet, Polizei sei auch bereit. Die Eisenbahnverwaltung, die die Arbeit ausführen ließ, habe der Arbeiter-Organisation gegenüber, sie habe keinen Einfluß auf die Unternehmerrfirma. Unterstreichen möchte er ganz besonders, daß, bevor die Polizei eintrifft, die größte Ruhe im Streikgebiet geherrscht habe und vor allem die Führer der Bauarbeiter und die „Mülhauser Volkszeitung“ stets zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt hätten. Eine Vermittlung der Streitenden mit den angeordneten Streikbrechern, die aus Polen, Italien und Galizien stammten, habe die Polizei stets verhindert. Die Ansammlungen im Streikgebiet seien, da die Polizei tagtäglich größere Polizeiaufgebote beordert habe, gemacht. Die Angaben in den Artikeln seien von sicheren Gewährsmännern, teilweise auch auf seine persönliche Kenntnisnahme zurückzuführen. Er war über das Vorgehen der Gendarmen und Sicherheitsbeamten empört und habe dies dem Regierungsrat Biedermann gesagt. In seiner Erklärung äußerte der Angeklagte auch, daß er selbst einen Schutzmann gesehen habe, der entweder nicht bei Sinnen oder betrunken gewesen sei. Unter diesem Eindruck seien die Artikel geschrieben worden. Er wäre auch heute als Redakteur eines Arbeiterblattes nicht in der Lage, die Dinge anders zu schildern, wie dies ge-

schehen sei. Die Regierung stand nach dem Tode der beiden Arbeiter auch auf dem Standpunkt, daß den herrschenden Zuständen ein Ende bereitet werden müsse, da sie keine weitere Verantwortung tragen könne.

Der erste Zeuge ist der Kreisdirektor und Polizeipräsident v. Kemnitz. Er gibt ebenfalls eine Schilderung der Vorkommnisse am Nordbahnhof. Nach Ausbruch des Streiks habe er zur Verstärkung der Polizei 40 Schutzeinheiten und 50 bewaffnete Gendarmen beordert, die die Arbeitswilligen und auch das Material hätten schützen sollen. Bei den späteren Vorgängen seien dann Polizisten verletzt worden, worauf die Polizei blank gezogen hätte. Es wären am 7. Juli mehrere tausend Menschen angesammelt gewesen; aus der Menge sei mit Steinen geworfen worden, und auch Schüsse seien gefallen. Darauf hätten die Gendarmen geschossen und zwei Arbeiter tödlich verletzt. Es stellte sich heraus, daß die Kugeln, mit denen die Arbeiter getötet wurden, aus Gendarmerie-Karabiniern herrührten.

Dem Zeugen Regierungsrat Biedermann von der Kreisdirektion Mülhausen ist aufgefallen, daß da, wo keine Schutzeinheiten waren, die Demonstranten auf die arbeitswilligen Polen, die im Streikgebiet arbeiteten, zuströmten. Er habe beim Polizeipräsidenten angeregt, das Terrain abzusperren. Die Firma habe, als sie die Arbeit übernahm, von dem Tarif nichts gewußt, so sei ihm wenigstens von dem Vertreter der Firma gesagt worden. Polizeistellen Schutzeinheiten habe er die Firma zugesichert. Gleich am ersten Tage habe er Steinwürfe gesehen und bedrohliche Ausrufe gehört. Ein Zentrumsabgeordneter des Landtags habe ihn auf der Kreisdirektion mitgeteilt, daß etwas in der Stadt vorgehe, denn es fahren so viel radfahrende Patrouillen herum, die mit den aus der Fabrik kommenden Arbeitern konflieren. Am 7. Juli sei ein Steinhaufen auf die Polizisten erfolgt und aus der Menge der Demonstranten geschossen worden. Der Polizeipräsident habe darauf Militär requirieren lassen. Am gleichen Abend seien die tödlichen Schüsse auf die zwei Arbeiter gefallen. Der Polizeipräsident erklärt hierzu, daß er eine Vermittlung nur aufnehmen darf, wenn beide Parteien darum nachkommen. Der Verteidiger macht hierzu geltend, daß selbst die Regierung Vermittlungen verlange, wenn die rechtliche Lage für die Arbeiter, wie es hier der Fall war, so offen zu Tage liegt. Auf Befragen mußte der Regierungsrat zugeben, daß ihm bekannt gewesen sei, daß die Firma Berger nicht das geringste Angebot gemacht habe. Zugaben mußte der Zeuge auch, daß er gesagt habe, mancher andere Beamte hätte den Befehl zum Schießen eher gegeben als der befehlshabende Polizeikommissar.

Der Polizeikommissar Gropenhauer erklärt, daß es Aufgabe der Polizei sei, die Arbeitswilligen zu schützen. Durch Sabotage sei versucht worden, die Arbeit zu verhindern. Im weiteren Verlauf seiner Aussagen erklärt der Zeuge, daß die Bevölkerung in Angst geschweht habe; so sei ihm mitgeteilt worden, daß Häuser mit Dynamit in die Luft gesprengt werden sollten. Der Landtagsabgeordnete Emmel, der eines Tages in das Streikgebiet kam, sei darauf aufmerksam gemacht worden, daß er auf dem Streikterrain nicht bleiben dürfe. Emmel habe jedoch erklärt, er bleibe, da er als Abgeordneter und Mitglied der Budgetkommission ein Recht dazu habe. Da Emmel von der Firma keine Genehmigung hatte, auf dem Plage zu bleiben, habe er den Abgeordneten durch zwei Gendarmen aus dem Streikgebiet fortführen lassen. Daß Schutzeinheiten betrunken gewesen wären, sei unwahr. Es waren zwar heiße Tage und die Schutzeinheiten hätten in der Bauartine Gelegenheit zum Trinken gehabt, aber kein Schutzmann sei betrunken gewesen. Zutreffend sei es auch nicht, daß die Unternehmerrfirma besonders geschädigt worden sei, weil es eine Berliner Firma war. Der Zeuge erzählt eine längere Geschichte von einem Arbeiter, von dem der Verteidiger den Nachweis erbringen will, daß der betreffende Arbeiter als geisteskrank bekannt sei. Schüsse habe der Zeuge auch gehört, ebenso Würfe mit Flaschen gesehen. Darauf sei er mit zwei Schutzeinheiten in eine Wirtschaft gegangen und habe dort, wo Arbeiter saßen, die Aufforderung erlassen, alle Gäste sollen die Hände hoch haben. Die Hände habe er deswegen hoch heben lassen, weil die Gäste eventuell mit Biergläsern oder Streichholzbehältern hätten werfen können. Als er aus der Wirtschaft herauskam, habe er wieder einen Schuß gehört. Das Publikum habe er zum Fortgehen aufgefordert und selbst einen Schreihäuf abgeben. Am 7. Juli abends sei ein regelrechtes Steinhagelwetter auf die Polizisten und Gendarmen erfolgt. Als der Aufforderung, sich ruhig zu verhalten, nicht Folge geleistet wurde, habe er den Befehl erteilt, blank zu ziehen und langsam gegen die Menge vorzugehen. Ueber Einzelheiten bei dem Vorgang, bei welchem die töd-

lichen Schüsse auf die beiden Arbeiter fielen, könne er nichts aussagen, da er 100 Meter von der Stelle entfernt war. Der Verteidiger macht bei der Vernehmung des Zeugen darauf aufmerksam, es sei merkwürdig, daß von den angegebenen verletzten Beamten kein ärztliches Zeugnis vorliege. Die Verhandlungen gehen weiter.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Die Parteioorganisation des Wahlkreises Frankfurt a. M. hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Mitgliederzuwachs von 1780 zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Organisierten beträgt 11 333, darunter 1478 Frauen. Von der Gesamtzahl sind nur rund 1600 im Alter von weniger als 25 Jahren; die Mehrheit hat ein Alter von 25—40 Jahren. Einnahmen und Ausgaben halten sich im Berichtsjahre mit rund 57 000 Mark fast die Waage. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ liegt bei 356 auf 1070; ein neues Jugendheim wurde eingerichtet. Der Arbeiterbildungsausschuß war sehr tätig: eine ganze Reihe von Einzelvorträgen, Vortragskurse, Kammermusikabenden, künstlerischen Konzerten zu ermäßigten Eintrittspreisen, Theateraufführungen usw. wurden gegeben.

Im Wahlkreise Höchst-Homburg-Uisingen stieg die Zahl der Parteimitglieder von 4715 auf 5906. Die Kreisgeneralversammlung beschloß die Einführung eines Wochenbeitrags von 10 Pfg. — Zum Internationalen Kongreß in Wien sind vom Agitationsbezirk Frankfurt a. M. die Genossen Robert Dikmann-Frankfurt und Heinrich Specht-Höchst delegiert.

Im Sozialdemokratischen Verein des 17. hannoverschen Reichstagswahlkreises stieg die Mitgliederzahl von 7606 auf 8286. Im Kreise bestehen 15 Ortsvereine, gegen 11 im Vorjahre. In den ländlichen Orten wurden erfreuliche Fortschritte gemacht. Bei den Landtagswahlen wurden 9104 sozialdemokratische Stimmen gegen 3124 bürgerliche abgegeben. 206 sozialdemokratische Wahlmänner standen 278 bürgerlichen gegenüber.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Minden-Lübbecke feierte seine Mitgliederzahl von 1420 auf 1582; unter diesen befinden sich 105 Genossen. Fünf neue Ortsgruppen wurden im verfloßenen Geschäftsjahre gegründet. In zwölf Orten zählen wir 24 sozialdemokratische Gemeindevertreter. — Zur Wahlrechtsfrage nahm die Generalversammlung des Kreises eine Resolution an, in der gefordert wird, daß das Interesse der Massen an der Erörterung des freien Wahlrechts in Preußen deutlicher in die Erscheinung tritt, da nur von der politischen Initiative der Massen ein freieres Preußen zu erwarten ist.

Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Jerichow I und II hatte eine Mitgliederzunahme von 513 zu verzeichnen. Die Jahresrechnung belief sich auf 19 705,54, die Ausgabe auf 19 193,49 Mark.

Im Wahlkreise Rottensburg-Honerswerda stieg die Mitgliederzahl um 125 auf 1183; darunter befinden sich 185 Frauen. Die Zahl der Leser der Parteipresse ist um 100 gestiegen. In 19 Orten sind 56 sozialdemokratische Gemeindevertreter vorhanden, gegenüber 41 in 14 Orten im Vorjahre. Die Einnahme beträgt 5634, die Ausgabe 4400,81 Mark. — Die Kreisversammlung übertrug einstimmig dem Genossen Emil Girbig, Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes, die Reichstagskandidatur. Der bisherige Kandidat Genosse Neumann (Groß-Räben) legte seine Kandidatur wegen Ueberbürdung mit Verbandsämtern und aus Gesundheitsrücksichten nieder.

Im Chemnitzer Agitationsbezirk (10., 15., 16., 17., 19., 20. und 21. sächsischer Reichstagswahlkreis) ist im letzten Jahre trotz der besonders im Erzgebirge stark auftretenden Krise die Mitgliederzahl in allen Kreisen gestiegen. Welch verheerende Wirkungen die Krise in der Stickerindustrie hatte, zeigt die Stadt Eisenbach, die seit ungefähr Jahresfrist um etwa 1000 Einwohner zurückgegangen ist. Wenn trotz solcher ungünstiger Wirtschaftsverhältnisse die Mitgliederzahl der Parteivereine von 37 000 auf 44 600 stieg, so kann man lebhaftes Genugtuung empfinden. Entsprechend dieser Steigerung haben sich auch die Kassenverhältnisse gut entwickelt. Die finanzielle Stärkung ermöglichte in allen Kreisen größere Aufwendungen für das Bildungswesen und die Jugendpflege. Die Fortschritte der Jugendpflege sind und so höher anzuschlagen, als die Gegner besonders in den Provinzkreisen alles versuchten, die proletarische Jugendbewegung von vornherein nicht aufkommen zu lassen.

Der Jahresbericht des Wahlkreises Delitzsch-Bitterfeld weist einen Mitgliederzuwachs von rund 500

vielleicht gefunden, daß ihr sonst ein Heim ganz entgegen könnte, und ein Heim mußte sie haben, eine Welt für sich, und nun war unter ihren Händen auch wirklich ein Heim entstanden. Sie hatte einen fleißigen und strebsamen Mann, der mit Verehrung zu ihr aufschaute; sie hatte ein hübsches Töchterlein, sie hatte eine friedliche Wohnung, in der sie sich bei einem guten Roman erholen konnte. Wenn Carlsen so beglückt in der Gasse des Dameshofes lag, wenn der kleine Lodenmantel am Stuhle mit einem Bilderbuch spielte, dann schlug ihr Herz in der Lust des Lebens, denn sie fühlte wohl, daß ihr Geist durch die stille Stube ging, und wenn dann die schräge Nachmittagssonne durch die sauberen Tischgardinen fiel, sah sie zu glücklichen und zufriedenen Menschen hinein.

Am Abend aber kamen erst die Stunden der Weile. Der Nachmittag gehörte der Welt; der stille Abend aber gehörte ganz ihnen selber. Dann waren die Kissen herabgelassen, dann lag der Schein der Lampe traulich im Zimmer, dann lag Carlsen vor dem ausgezogenen Brette der alten Schatulle über der Geschäftsbücherei, dann las er ihr die eingelaufenen Briefe vor und besprach mit ihr die Antwort, dann wusch die Zukunft unter ihren Händen, und wenn Carlens Augen dann im Glanze des Lichts leuchteten, dann ging eine tiefe namenlose Seligkeit durch das redliche Herz der kleinen tapferen Frau. Wenn dann die Nacht mit leisen Schritten kam, gingen sie in das Schlafzimmer hinein, wo der kleine blonde Engel den Schlaf der Unschuld träumte, und der nächste Morgen sah frohe und zufriedene Menschen, die mit einem Dankesheft im Herzen an das Heil der Arbeit gingen.

Wenn Carlsen dann in der Sonne des Vormittags vor der Tür des Ladens stand, rief Septimus ihm im Vorbeigehen immer zu:

„Sie haben ein Schweineglück gehabt, lieber Carlsen, ein Schweineglück.“

Denn geriet Carlsen wie ein großer Junge vor Entzücken ganz außer Rand und Band, und wie ein großer Junge sah nicht zu helfen weiß, so rief er in heftiger Freude immer das eine Arie an endlos. Denn Carlsen wußte wohl, daß Septimus das Rechte sagte. Es gab in der Stadt kein Haus, durch das so viel und tief der Segen ging.

Axel stand in Freud und weißer Binde vor dem hohen Wandspiegel, der in seinem Arbeitszimmer zwischen zwei Fenstern hing und sah bis an die Decke hinauf. Die Mitternacht war längst vorbei; er hatte jedoch die erste größere Gesellschaft der Saison mitgemacht. Er hatte lustige Kergelbeisung, wenn er von einer lustigen Tafel kam. Es

hatte er das elektrische Licht schlafen lassen und die beiden vielarmigen Leuchter angezündet. Einer stand auf dem Tische, der andere vor dem Spiegel. Axel hatte seine kraftvolle Gestalt gemüßigt und war soeben zu dem Ergebnis gelangt, daß er in den nächsten zehn Jahren für sein Aussehen noch nichts zu fürchten brauche. Er liebte ein wenig das weingetränkte Gesicht mit den gepflegten Händen und dann tauchte plötzlich eine Sorge auf, die ihn den ganzen Abend nicht verlassen hatte.

Es ging mit dem alten Septimus nicht mehr in dieser Weise. Er war jetzt schon über die fünfzig Jahre, aber wenn er hinter einer Weinflasche sah, war er noch immer wie ein Student. Septimus mochte die Preußen nicht leiden, worin Axel ihm im Grunde seines Herzens recht gab. Der Referendar war eine gesellschaftliche Angelegenheit, die mit der neuen Zeit gekommen war und die er selbstverständlich mit der äußersten Delikatesse behandelte. Im übrigen war zuviel Tradition, zuviel bürgerliches Bewußtsein in ihm, als daß er den Preußenstaat sonderlich hätte lieben können. Er war in diesem Punkte aber sehr zurückhaltend. Septimus, der kein Offizier war, brauchte das nicht zu sein. Es ging aber nicht an, daß er den überhängenden, halbergrauten Schnurrbart strich und etwas von „preussischem Gefindel“ knurrte, weil ihm ein zu „schneidiger“ Ton in die Unterhaltung gekommen war. Es ging um so weniger an, als eingewanderte Preußen an der Tafel saßen. Er hatte noch eben vermocht, der unerfreulichen Affäre eine Wendung ins Heitere zu geben; jeder andere hätte es schon nicht mehr gekonnt. Er hatte einige Scherze über Septimus als über einen harmlosen Polter gemacht, der unter Umständen auch ihn selber in der gleichen Weise regalierte. Septimus aber war kein harmloser Polter, sondern der einzige Mensch, mit dem man in dem Städtchen wirklich leben konnte; er war der einzige, in dem Axel den ebenbürtigen Kameraden fühlte, mit dem er eine echte Freundschaft unterhielt. Es durfte ihm nicht gleichgültig sein, wenn er sich in dieser Weise exponierte. Und dann war beim Deffert noch der grösste Schlafast gekommen. Septimus hatte sein Glas gegen den jungen Referendar Westphal erhoben und hatte mit selbigem Schnurrbart gerufen: „Auf unsere Dagmar, Herr Kollege!“ Die Kollegenschaft sollte auf die Dagmar-Partei bezogen werden. Nun, die Herren hatten gelacht, besonders als sich der Referendar mit so großer Begeisterung ins Glas gestürzt hatte. Die Damen aber saßen da, als hätte sich ihnen der Wein noch nachträglich in Effig vermehrt.

In Axel Gedanken spielte Dagmar gewiß eine sehr warme und intime Rolle; aber man traut schließlich nicht

Dagmar Engelbrechts Gesundheit, wenn man an der Tafel saß. Er hatte dann über die Tafel gerufen: „Es ist ganz recht, lieber Septimus, daß Du dem jungen Herrn seine heftige Begeisterung für diese Dagmar etwas zu Gemüte fühlst.“ Auf diese Weise hatte sich die Bemerkung wie ein ironischer Hüßel ausgenommen und die Situation war überwunden. Er hatte dann noch selber einige stachelige Scherze über die Dagmarbegeisterung gemacht, hatte der Frau Apotheker einige ausgesuchte Liebenswürdigkeiten gewidmet, und so hatten sich auch die Mienen der Damen wieder erhellt und die Frau Apotheker hatte sogar getraut. Aber wie lange sollte er diese diplomatische Taktik noch wiederholen können? Man ging ja überhaupt nur mit, weil er die Führung übernahm und weil Septimus als Mensch so viel Achtung genoss. Das stärkste Kapital aber konnte vermüßet werden, wenn es ausdauernd in dieser Weise verwaltet wurde. In der eigentlichen Bevölkerung freilich war nichts zu fürchten. Septimus liebt zur Heimat, der Umstand, daß er in diesem Landesteil so tiefe Wurzeln hatte, seine Tüchtigkeit als Arzt, seine menschliche Güte, sein nimmermüder Eifer, seine Wohltätigkeit gegen arme Patienten — das alles hatte die Sympathien für ihn so fest begründet, daß sie nie verloren gehen konnten.

Septimus konnte aber gesellschaftlich deklariert werden, wenn es so weiterging, und Axel gönnte den verdammten Stunden nicht, daß sie über einen Menschen wie Septimus die Nase rümpfen durften. Neuerdings hatte er sich, wie Gott, der sogenannten Dagmar-Partei angeschlossen und trau mit dem Referendar Westphal, als wenn er selber erst gekommen von der Universität gekommen wäre. Natürlich, es war harmlos, war ein Ausfluß seiner farctischen Laune; er wollte sich freuen, wenn das junge Volk ins Schwärmen geriet. Bei dieser Gelegenheit aber betrank er sich mitunter, daß er dem Gasthof übernachtete, in dem gerade das Rosengilium tagte. Das war die Sache des jungen Referendars, aber seine Sache war es durchaus nicht mehr. Er trank viel, der alte Burke. Das sogenannte „medizinische Quantum“, das er für sich selber festgelegt hatte, hatte ja im Grunde nie existiert; in den letzten Jahren aber war es ein wenig aus der grauen Vorzeit geworden. Er mußte auch selber dunkle Stunden dabei haben; es konnte bei einem Menschen von seinem Empfinden gar nicht anders sein. Axel nahm sich nunmehr vor, mit dem alten Freund einmal in aller Gründlichkeit und Aufrichtigkeit zu reden. Mit diesem Entschluß verstand das Bild der festlichen Gesellschaft, verstand Septimus, und andere Gedanken tauchten empor. (Fortsetzung folgt.)

auf. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt einschließlich 473 Genossen 3509. Das „Halleische Volksblatt“ zählt im Kreise etwa 3500 Abonnenten; hinzu kommen die zahlreichen Abonnenten der „Gleichheit“, des „Vorwärts“, der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Arbeiter-Jugend“. Bei der Landtagswahl wurden im Kreise, der seit 1912 im Reichstag sozialdemokratisch vertreten ist, 89 sozialdemokratische gegen 378 konservativ und 95 liberale Wahlmänner gewählt. In 19 Landgemeinden sitzen 53 sozialdemokratische Gemeindevertreter und in vier Städten 16 sozialdemokratische Stadtverordnete. Die in den größeren Städten bestehenden Bildungsausschüsse haben tüchtige Arbeit geleistet. Gute Fortschritte weist auch die Jugendbewegung auf. — Der Kreistag beschloß einstimmig, sich grundsätzlich mit der Anstellung eines Kreissekretärs einverstanden zu erklären und das Sekretariat im Zentrum des Bitterfelder Industriebezirks zu errichten. Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Mansfeld kann ebenfalls auf eine Vorwärtsbewegung der Organisation im verflossenen Geschäftsjahr zurückblicken, was bei dem verhängnisvollen Terror und der elenden Lage, in der dort die Bergarbeiter leben, von großer Bedeutung ist. Die Mitgliederzahl beträgt 1253; darunter sind 423 weibliche Mitglieder. In der letzten Woche wurden 260 neue Mitglieder gewonnen. Die Kreisbibliothek wurde ausgebaut und teilweise zu einer Wanderbibliothek eingerichtet. Zehn Gemeindevertreter und drei Stadtverordnete haben wir in den Kommunen.

Die Mitgliederzahl in dem rein ländlichen Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga stieg von 458 auf 530. 1400 Abonnenten der Parteipresse sind vorhanden. Da im Wahlkreise der Sozialdemokratie nur in einem halben Dutzend Orten Versammlungslokale zur Verfügung stehen, so konnten im verflossenen Jahre nur 21 öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Die Kreisliste hatte eine Einnahme von 1848,82 Mark und eine Ausgabe von 1874,55 Mark. — Die Kreisgeneralversammlung verlegte die Kreisleitung von Sangerhausen nach Artern.

Die Jugendbewegung in Frankreich. Die sozialistische Jugend des Seine-Departements hielt am Sonntag zu Paris einen Kongreß ab. In den Berichten wurde übereinstimmend festgestellt, daß die Jugendorganisationen allenthalben einen sehr erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Acht neue Gruppen wurden seit dem letzten Kongreß ins Leben gerufen. Das Jugendorgan „La Voix de Jeunes“, das anfangs mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, steht gegenwärtig auf gesicherter Basis. Der Verkauf des Blattes ist gestiegen; die Abonnentenzahl hat sich gehoben. Der Kongreß nahm folgende Resolution an: Die sozialistische Jugend der Seine, vereint auf ihrem Kongreß zu Paris am 7. Juni, richtet an die jungen Arbeiter aller Länder ihren brüderlichen Gruß und bekräftigt aufs neue ihre Gesühle der internationalen Solidarität. Sie erklärt, mit ganzer Kraft tätig sein zu wollen, um ihrerseits zu einer freundschaftlichen Annäherung der Völker beizutragen. Die Jugend ist mit den älteren Genossen der Internationale Anhängerin jeder Maßnahme, die zur Befestigung des Friedens dienen kann. — Am 15. Juli d. Js. findet in Paris ein allgemeiner Kongreß der Arbeiterjugend Frankreichs statt.

Verbandstag der Transportarbeiter.

Am Dienstag nachmittag wurde die Debatte über die Presse fortgesetzt. Mehrere Redner beschwerten sich bitter über die Laktit und unfaire Schreibweise mancher Bruderorganisationen. Das erforderte eine scharfe Kritik im „Courrier“. — In seinem Schlusswort trat der Berichterstatter den in der Debatte zutage getretenen Wünschen entgegen. Angenommen wurde ein Antrag, nach welchem wichtige Verbandstagsbeschlüsse in bezug auf Statutenänderung, sowie Bekanntmachungen des Vorstandes möglichst in allen Fachorganen des Verbandes veröffentlicht werden sollen.

Über den in Grenzfreizügigkeitsachen mit dem Brauereiarbeiterverband gefällten Schiedsspruch referierte Döring-Berlin. Der Redner schilderte zunächst die Ursache, die zur Aufhebung des Schiedsgerichts führten. Die Brauerei wünschte die Betriebsorganisation und erheben deshalb Anspruch auf die Werkstätte. Eine Vorstandskonferenz und der Gewerkschaftskongreß entschieden sich für die Berufs- und gegen die Betriebsorganisation. Da die Differenzen trotzdem nicht behoben wurden, wurde von einer Vorstandskonferenz die Einsetzung eines Schiedsgerichts beschlossen. Mit dieser Lösung waren auch die Vertreter des Verbandes einverstanden. Nach längerem Zögern stellten sich auch die Brauerei auf denselben Standpunkt. Beide Parteien erklärten, sich dem Schiedsspruch unterwerfen zu wollen. Derselbe fiel zuungunsten der Transportarbeiter aus. Bevor die Leitung des Transportarbeiterverbandes Kenntnis von dem Schiedsspruch erhielt, wurde er bereits im Verbandsorgan der Brauerei- und Mühlenarbeiter veröffentlicht. Daß dieser Schiedsspruch im Verbandsorgan scharf kritisiert wurde, ist von der Generalkommission gemißbilligt worden. Der Redner zerpflückte den Spruch und wies darauf hin, daß er zu unübersehbaren und geradezu hanebüchenen Zuständen führen würde. Der Schiedsspruch sei unhaltbar und stehe mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse nicht im Einklang. — In der Debatte wies Genosse Legien als Vertreter der Generalkommission darauf hin, daß in dem Streit zwischen Transport- und Brauereiarbeitern in Gegenwart der Generalkommission 13 Sitzungen abgehalten wurden. Alle Versuche zur Einigung sind gescheitert. Da mußte eine Entscheidung herbeigeführt werden, um diese leidige und gewerkschaftsschädigende Angelegenheit zu Ende zu führen. Dem erklärlichen Streben nach Schaffung von Betriebsorganisationen kann heute noch nicht Rechnung getragen werden; wir müssen unter allen Umständen heute an der Berufsorganisation festhalten. Das ist auch der Standpunkt aller Mitglieder der Generalkommission. Der Beschluß des Gewerkschaftskongresses, der von Döring angezogen wurde, ist jedoch kein Dogma. Deshalb liegt auch im Schiedsspruch kein Verstoß gegen gewerkschaftliche Beschlüsse vor. Der Schiedsspruch ist gefällt; der Transportarbeiterverband hat erklärt, daß er sich dem Beschluß des Schiedsgerichts füge. Da ist es verkehrt gewesen, daß das Verbandsorgan die Schiedsrichter angriff. Diese stehen lange Jahrzehnte in der Gewerkschaftsbewegung und haben ihren Spruch nach bestem Wissen und Gewissen gefällt. Redner bittet um Anerkennung und Durchführung des Schiedsspruchs. Alle Diskussionsredner waren sich in der Beurteilung des Schiedsspruchs einig. Meinungsverschiedenheiten entstanden nur über die Frage, ob der Schiedsspruch anzuerkennen sei oder nicht. Die Ansicht der Generalversammlung kam in folgender Erklärung zum Ausdruck:

„Die vom 7. bis 13. Juni 1914 in Köln am Rhein zum 9. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes erschienenen Delegierten haben mit Befremden und Bedauern Kenntnis genommen von dem am 9. April 1914 in Berlin getroffenen Entscheidung des Schiedsgerichts in Sachen der Grenzfreizügigkeiten des Transportarbeiterverbandes mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband. Zweck dieser schiedsgerichtlichen Verhandlung und Entscheidung sollte es sein, die vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverbande seit Jahren, allen gewerkschaftlich und beruflich organisatorischen Grundsätzen zum Trotz, propagierten Grenzfreizügigkeiten zu schließen, und eine der Grenzfreizügigkeitsresolution des Hamburger

Gewerkschaftskongresses von 1908 lokalweise Rechnung tragende Abgrenzung des beiderseitigen Organisationsgebietes in den Brauereien, Bierneidelassungen, Kellereien und Mineralwasserbetrieben vorzunehmen. In dieser Erwartung durfte der Verbandsvorstand sich dem schiedsgerichtlichen Verfahren unterwerfen. Das Schiedsgericht hat aber eine völlig unbegründete, in der Sache verfehlte und die in der Hamburger Resolution aufgestellten organisatorischen Rechtsgrundsätze mißachtende Entscheidung gefällt, die praktisch unhaltbar und in ihren Konsequenzen unhaltbar ist, da sie sich sowohl gegen die Berufs- wie auch gegen die Betriebsorganisation wendet und die Frage der Industrieorganisation unerörtert läßt. Die weder durch die bestehenden Betriebs- noch Berufsverhältnisse bedingte Entscheidung des Schiedsgerichts muß deshalb als eine sich ausschließlich gegen den Deutschen Transportarbeiterverband richtende Verlegenheitsentscheidung bezeichnet werden, die um so bedenklicher ist, als gegen diese Entscheidung jede Einspruchsmöglichkeit genommen sein soll. Dieses den Parteien gegenüber unbegründet gebliebene Urteil geht von organisatorischen Grundsätzen aus, die bisher noch keine Geltung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung hatten. Deshalb trägt es nicht nur das Merkmal einer Vergewaltigung unseres Verbandes, sondern auch der umstrittenen Verbandsmitglieder. Die Delegierten richten an den im Jahre 1914 in München tagenden Gewerkschaftskongreß die Aufforderung, zu erklären, ob die von Gewerkschaftskongressen aufgestellten organisatorischen Grundsätze auch für schiedsgerichtliche Entscheidungen dieser Art maßgebend und bindend sind. Ferner halten es die Delegierten für absolut erforderlich, daß für derartige schiedsgerichtliche Entscheidungen ein Berufungsverfahren gesichert wird.“

Dem Bericht der Beschwerdekommision entnehmen wir, daß dieselbe die Ablehnung der von uns bereits erwähnten Beschwerde empfiehlt. Gleichzeitig empfahl die Kommission, daß diejenigen Ausgeschlossenen, die den Nachweis liefern, daß sie wieder würdig sind, dem Verband anzugehören, einzeln wieder aufgenommen werden können. Der Verbandstag schloß sich diesen Vorschlägen an.

Der Bericht vom internationalen Transportarbeiterkongreß erstattete Werner-Berlin.

Die „Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“ behandelte eingehend Döring-Berlin. Redner gab einen Überblick über die ältere und neuere Geschichte der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die gegenwärtig auf dem toten Strang angelangt sei. Wenn die Arbeiter und Angestellten im Handelsgewerbe eine völlige Sonntagsruhe haben wollten, dann müßten sie sich diese erkämpfen. Das aber könne nur durch politische und gewerkschaftliche Tätigkeit geschehen.

Das Thema „Unsere Taktik im gewerkschaftlichen Kampfe“ wird in einer geschlossenen Sitzung behandelt.

Verbandstag der Schuhmacher.

Am Dienstag erklärten sich in der Debatte über den Geschäftsbericht die meisten Redner mit der Tätigkeit des Hauptvorstandes einverstanden. Verschiedene Delegierte besprachen die vom Vorstand empfohlenen Änderungen in der Kreiseinteilung. Der Kreis Wismarsens wurde bereits aufgelöst und dem Gau Frankfurt angegliedert. Der Kreis Breslau soll ebenfalls aufgehoben werden, da sich auch hier keine weitere Entwicklung erwarten läßt. Man erklärte sich mit diesen Maßnahmen einverstanden, nur solle darunter die Agitation nicht leiden. Die freiverwerbenden Beamten erhalten Aufstellung im Hauptbureau. Einzelne Redner bedauern den Beschluß eines früheren Verbandstages, nach dem die Ortsbeamten vom Hauptvorstand befehligt werden; hierdurch würden die Ortsverwaltungen in ihrer Bewegungsfreiheit beengt. Von verschiedenen Seiten wird der Einführung einer Erwerbslosenunterstützung das Wort geredet. Bürger-Berlin wünschte eine gründlichere Schulung der Mitglieder. Nur auf diesem Wege sei mit Erfolg der ungeheuren Fluktuation beizukommen. Zu bekämpfen sei die in großstädtischen Arbeiterkreisen eingeriffene Weitsucht. Kühn-Offenbach schildert das traurige Los der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Rückgang, die Degeneration sei augenfällig. Die Jugendlichen in den Fabriken bilden für die Erwachsenen eine stete Gefahr. Stellen die Kollegen eine Lohnforderung, so drohen die Unternehmer sofort, Jugendliche an die Maschinen zu stellen, die dann zu wesentlich minderen Löhnen arbeiten müssen. Sannig-Berlin wünscht die Maifeierfrage geregelt. Bedauerlich sei, daß der Vorstand keine Aufforderung zur Arbeitsruhe am 1. Mai im Jahrbuch enthält. Es sei an der Zeit, in dieser Angelegenheit eine Revidierung nach links vorzunehmen. Frau Delb-Wismarsens befragt die Interessenlosigkeit der Kollegen gegenüber der Agitation unter den Arbeiterinnen. In Zukunft müsse eine intensivere Agitation von Haus zu Haus betrieben werden. Kuhn-Berlin spricht sich für die Erwerbslosenunterstützung aus. Unter dem Druck der Verhältnisse würden die Gemeindevverwaltungen genötigt, Zuschüsse zu den Arbeitslosenunterstützungen zu leisten. Da aber in der Regel derartige Subventionen nur so lange gewährt werden, als der Verband Unterstützung gibt, so würden die Schuhmacher bei ihrer kurzen Unterhaltungsdauer während der Arbeitslosigkeit benachteiligt. Daher müsse die Arbeitslosenunterstützung neu geregelt werden. Eine Reihe weiterer Redner wünscht, daß in der Propaganda weniger schablonenmäßig verfahren wird. Auch die Frage der jugendlichen Beschäftigung noch wiederholt die Versammlung. Man war sich wohl darüber klar, daß gegen die immer größere Beschäftigung der Jugendlichen in den Schuhfabriken wenig oder gar nichts auszurichten ist; aber man verlangte, dafür Sorge zu tragen, daß die jungen Kollegen und Kolleginnen nicht zum Lohnrücker werden und durch eine rührige Agitation ihnen zeitigen der Weg zur Organisation gezeigt wird. Erst kurz vor der Vertagung fand die Debatte durch einen Schlußantrag ihr Ende. Simon ging in seinem Schlußbericht auf die verschiedenen Anregungen aus der Diskussion ein. Von einer Aenderung der Arbeitslosenunterstützung verspricht er sich nicht das, was Neubauer erwartet. In der Maifeierfrage sehe er nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die absolute Forderung am 1. Mai die würdevollste Form sei. Begrüßen und beherzigen müsse man die Ausführungen Bürger-Berlin über das Spielen und Wetten, und im Kampfe gegen diese Erscheinung bitte der Redner um die Unterstützung aller Berufsleute. Die Abstimmung über die Anträge erfolgt erst später.

Die Verhandlungen ergaben die Richtigkeit der im „Neuen Weg“ behaupteten Tatsachen und verließen für Schrupp geradezu vernichtend. Es wurden die unglaublichen Spieler und Schauspielerinnen zeugeneidlich bekundet. Ueber die Damen verfügte er wie ein brutaler jüdischer Pasha. Die Zeugin äußerte auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtsrats Mayer, warum sie denn die unzünftigen Handlungen, die Schrupp nach diesen eidlischen Aussagen an ihr und andern vorgenommen hat, geduldet hätte: „Wenn man sein Brot dort behalten will, muß man eben ruhig sein!“ Und um Gagen von sage und schreibe 70 Mk., 100 Mk. und 130 Mk. duldeten gar viele recht vieles! Sie monatlich von dem Direktor bezog; und wenn sie mit dem alten erschien, dessen Farbe nicht zu dem vorchriftsmäßigen Rassebraun der anderen paßte, so kriegte der Direktor einen Tobfuchsanfall. Ist das etwas anderes als indirekter Mänschenhandel? Eine Schauspielerin wird mit einer höheren Gage für erste Rollen engagiert. Nach dem berücksichtigten Probemonat erklärt ihr der Direktor, sie genüge nicht für erste Rollen, könne sie aber doch spielen, sofern sie auf die Gage verzichte. Die Dame verzichtet klugerweise auf das Kunstinstitut; sie büßt aber die Mündener Erfahrung von vier Wochen mit einem Kostümaufwand von 400 Mk., die Reise- und Unterhaltskosten nicht gerechnet. Ein jugendlicher Charakterkomiker, der 175 Mk. Gehalt hat, muß für eine einzige Rolle 200 Mk. aufwenden, und als ihm der Direktor noch die Beschaffung von Ritterstiefeln — für weitere 70 Mk. — zumutet und der Schauspieler sich weigert, gibt es den fälligen Krach. Immer wieder wird von Schauspielern und Schauspielerinnen betont, daß das Benehmen Schrupps gegen die Mitglieder brutal, roh und unwürdig gewesen sei. Ein Fall, den der an das Berliner Festsing-Theater engagierte Schauspieler Pfanz erzählt, macht besonders tiefen Eindruck, der Fall der jetzigen Dresdener Hofschauspielerin Bardou-Müller. Schrupp habe ihr bei einer Probe die bekannte derbe Einladung aus „Göz von Berlichingen“ zugesprochen und sie überhaupt so schikaniert, daß sie einen schweren Herzkrampf erlitt. Bezeichnend sei, daß der Direktor, als man nach einem Arzt verlangte, vorn an der Rampe gestanden und unter lautem Lachen gelacht habe, es sei eine alberne Komödie.

Das Gericht sprach Körner frei. In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: „Das Gericht hat die Überzeugung gewonnen, daß der Privatkläger dauernd unwürdig ist, Theaterdirektor oder Leiter einer Bühne zu sein. Er hat in jeder Hinsicht das absolut vermissen lassen, was man von dem Vorstand eines Instituts an sich und von dem Vorgehens einer größeren Gemeinschaft von Leuten verlangen darf. Es fehlt ihm insbesondere jedes Verständnis für die sozialen Forderungen der Zeit. Wenn der Angeklagte den Kläger einen Sklavenvogt genannt hat, so ist dieses Wort inhaltlich insofern als wahr erwiesen, als er tatsächlich die ihm unterstellten Menschen nicht behandelt hat, wie sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts behandelt werden müssen, sondern wie Menschen vielleicht vor Jahrhunderten behandelt wurden. Was die schweren Vorwürfe in juristischer Hinsicht anlangt, so hat die Beweiserhebung so schlimme Dinge ergeben, daß die im Artikel gewählten Ausdrücke (geister Lügling, Privatbordell und anderes) vollaus gerechtfertigt erscheinen. Als den schlimmsten Fall erachtet das Gericht die Angelegenheit der Frau Braun, der einen so tiefen Abfall des Charakters verrate, daß daraus allein schon hervorgehe, daß ein solcher Mann nicht Leiter eines Theaters sein kann. Der Kläger habe die schwärmerische Zuneigung der Frau gesteuert und andererseits von ihr in den rohesten, jüdischsten Ausdrücken geredet, ja sogar behauptet, sie sei bereit, gegen Geld sich ehebrecherischen Umgang zu verschaffen. Das Gericht erachtet insbesondere die weiblichen Zeugen als durchaus glaubwürdig. Auch die Art und Weise, wie er sich in finanzieller Beziehung benommen hat, ist eines Theaterdirektors unwürdig. Es gehe doch nicht an, daß man gleichzeitig Anforderungen für Kostüme stellt und die Gagen so niedrig stellt, daß der Künstler seines Lebens Notdurft nicht mehr bestreiten kann.“

Man fragt sich, wie solche Zustände möglich waren und sind. Das fragte auch der Gerichtsvorsitzende den als Zeugen vernommenen Hofschauspieler Ulmer und dieser antwortete: „Des kommt daher, weil es dem Schauspielerstande leider noch zu sehr an Solidaritätsgefühl mangelt!“ So war es: weil es ihnen an Solidarität mangelte, waren die Männer den Fußtritten, die Mädchen und Frauen den Handgreiflichkeiten ihres Chefs und „Brotgebers“ preisgegeben. Sie waren hilflos, schutzlos, rechtlos, freiwild!

Die Künstler der Bühne fühlen sich meist über Arbeiter und Angestellte hoch erhaben. Sie gehen keinem gewöhnlichen Arbeiter nach, sondern sie dienen der Kunst, die ihren Beruf adelt. Und doch müssen sie erst von den Arbeitern erfahren, daß es nur einen Weg gibt, sich die einfachsten Menschenrechte zu sichern: den Weg der Organisation. Zustände, wie sie im Kunsttempel des Herrn Schrupp herrschen, sind heute kaum noch in einer Lumpenforteranstalt möglich: einst herrschten sie auch dort, aber die Organisation hat mit ihnen ausgeräumt. Wo sie aber doch noch zu finden sind, da werden sie von der Organisation rastlos bekämpft.

Alle Arbeiter, alle Angestellten können aus dem Münchener Prozeß eines lernen: Der ihnen rät, ihre Solidarität preiszugeben, der rät ihnen zur Aufgabe ihrer Menschenwürde, und der Rest ist Selbsterniedrigung der Männer, Prostitution der Frauen. Wie oft haben Organisationen und ihre Angehörigen von Vertretern der Klassenjustiz die schwersten Anklagen und Urteile über sich ergehen lassen müssen. Hier aber hat der Gedanke der Organisation an Gerichtsstelle einen glänzenden Triumph gefeiert.

Gewerkschaftsbewegung.

Elßa-Lothringische Gewerkschaftskongress. Am Sonntag, dem 7. Juni tagte in Straburg in Elßa die 7. elßa-Lothringische Gewerkschaftskongress, die von 64 Delegierten besucht war. Aus dem Bericht des Gewerkschaftssekretärs Jmbs ist ersichtlich, daß seit dem vorletzten Kongreß im Jahre 1908 recht schöne Erfolge zu verzeichnen sind. Betrug die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Jahre 1908 18 859, so fiel diese Zahl im Jahre der härtesten Krise (1910) auf 16 328, stieg dann aber im Jahre 1912 bereits auf 21 000 und erreichte im Jahre 1914 ihren höchsten Stand mit 25 000 organisierten Arbeitern. Straburg als größte Stadt des Reichslandes zählt allein 14 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. An dem mit Beifall ausgenommenen Geschäftsbericht schloß sich eine längere Debatte, in der von Wagner (Bauarbeiter) und vom Vertreter der Generalkommission Kube hervorgehoben wurde, daß den sozialen Wahlen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Gewerkschaftssekretär Jmbs und Schulenburg (Metallarbeiter) betonten, daß in fast allen Orten gute Resultate bei den Wahlen erzielt wurden. Wenn nicht alles so gegangen sei, wie jeder es wünsche, so dürften die überaus schwierigen Verhältnisse auf dem flachen Lande nicht unberücksichtigt bleiben. Von mehreren Rednern wurden die Verhältnisse in den kleineren Ortschaften in denen die christlichen Gemeindeführer

Moderne Sklaven.

Vor dem Münchener Schöffengericht kam Ende voriger Woche ein Beleidigungsprozeß zum Austrag, den der Direktor Schrupp vom dortigen Volkstheater gegen den Redakteur des Organs der Genossenschaft deutscher Bühnengewerkschaft „Der neue Weg“, Körner, angestrengt hatte und der große Schlaglichter auf das Sklavenleben mancher Bühnensklaven wirft. Der Artikel, welcher sich mit Schrupp befaßte, hatte, warf diesem vor, daß er in dem ihm unterstellten Betriebe mit der Rücksichtslosigkeit eines Sklavenhändlers aufgetreten sei, mit den Menschen, die auf Jahre in seine Hand gegeben seien, Schindluder treibe und das Theater als Privatbordell geister Lüglinge betrachte.

Die Verhandlungen ergaben die Richtigkeit der im „Neuen Weg“ behaupteten Tatsachen und verließen für Schrupp geradezu vernichtend. Es wurden die unglaublichen Spieler und Schauspielerinnen zeugeneidlich bekundet. Ueber die Damen verfügte er wie ein brutaler jüdischer Pasha. Die Zeugin äußerte auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtsrats Mayer, warum sie denn die unzünftigen Handlungen, die Schrupp nach diesen eidlischen Aussagen an ihr und andern vorgenommen hat, geduldet hätte: „Wenn man sein Brot dort behalten will, muß man eben ruhig sein!“ Und um Gagen von sage und schreibe 70 Mk., 100 Mk. und 130 Mk. duldeten gar viele recht vieles! Sie monatlich von dem Direktor bezog; und wenn sie mit dem alten erschien, dessen Farbe nicht zu dem vorchriftsmäßigen Rassebraun der anderen paßte, so kriegte der Direktor einen Tobfuchsanfall. Ist das etwas anderes als indirekter Mänschenhandel? Eine Schauspielerin wird mit einer höheren Gage für erste Rollen engagiert. Nach dem berücksichtigten Probemonat erklärt ihr der Direktor, sie genüge nicht für erste Rollen, könne sie aber doch spielen, sofern sie auf die Gage verzichte. Die Dame verzichtet klugerweise auf das Kunstinstitut; sie büßt aber die Mündener Erfahrung von vier Wochen mit einem Kostümaufwand von 400 Mk., die Reise- und Unterhaltskosten nicht gerechnet. Ein jugendlicher Charakterkomiker, der 175 Mk. Gehalt hat, muß für eine einzige Rolle 200 Mk. aufwenden, und als ihm der Direktor noch die Beschaffung von Ritterstiefeln — für weitere 70 Mk. — zumutet und der Schauspieler sich weigert, gibt es den fälligen Krach. Immer wieder wird von Schauspielern und Schauspielerinnen betont, daß das Benehmen Schrupps gegen die Mitglieder brutal, roh und unwürdig gewesen sei. Ein Fall, den der an das Berliner Festsing-Theater engagierte Schauspieler Pfanz erzählt, macht besonders tiefen Eindruck, der Fall der jetzigen Dresdener Hofschauspielerin Bardou-Müller. Schrupp habe ihr bei einer Probe die bekannte derbe Einladung aus „Göz von Berlichingen“ zugesprochen und sie überhaupt so schikaniert, daß sie einen schweren Herzkrampf erlitt. Bezeichnend sei, daß der Direktor, als man nach einem Arzt verlangte, vorn an der Rampe gestanden und unter lautem Lachen gelacht habe, es sei eine alberne Komödie.

Das Gericht sprach Körner frei. In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: „Das Gericht hat die Überzeugung gewonnen, daß der Privatkläger dauernd unwürdig ist, Theaterdirektor oder Leiter einer Bühne zu sein. Er hat in jeder Hinsicht das absolut vermissen lassen, was man von dem Vorstand eines Instituts an sich und von dem Vorgehens einer größeren Gemeinschaft von Leuten verlangen darf. Es fehlt ihm insbesondere jedes Verständnis für die sozialen Forderungen der Zeit. Wenn der Angeklagte den Kläger einen Sklavenvogt genannt hat, so ist dieses Wort inhaltlich insofern als wahr erwiesen, als er tatsächlich die ihm unterstellten Menschen nicht behandelt hat, wie sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts behandelt werden müssen, sondern wie Menschen vielleicht vor Jahrhunderten behandelt wurden. Was die schweren Vorwürfe in juristischer Hinsicht anlangt, so hat die Beweiserhebung so schlimme Dinge ergeben, daß die im Artikel gewählten Ausdrücke (geister Lügling, Privatbordell und anderes) vollaus gerechtfertigt erscheinen. Als den schlimmsten Fall erachtet das Gericht die Angelegenheit der Frau Braun, der einen so tiefen Abfall des Charakters verrate, daß daraus allein schon hervorgehe, daß ein solcher Mann nicht Leiter eines Theaters sein kann. Der Kläger habe die schwärmerische Zuneigung der Frau gesteuert und andererseits von ihr in den rohesten, jüdischsten Ausdrücken geredet, ja sogar behauptet, sie sei bereit, gegen Geld sich ehebrecherischen Umgang zu verschaffen. Das Gericht erachtet insbesondere die weiblichen Zeugen als durchaus glaubwürdig. Auch die Art und Weise, wie er sich in finanzieller Beziehung benommen hat, ist eines Theaterdirektors unwürdig. Es gehe doch nicht an, daß man gleichzeitig Anforderungen für Kostüme stellt und die Gagen so niedrig stellt, daß der Künstler seines Lebens Notdurft nicht mehr bestreiten kann.“

Man fragt sich, wie solche Zustände möglich waren und sind. Das fragte auch der Gerichtsvorsitzende den als Zeugen vernommenen Hofschauspieler Ulmer und dieser antwortete: „Des kommt daher, weil es dem Schauspielerstande leider noch zu sehr an Solidaritätsgefühl mangelt!“ So war es: weil es ihnen an Solidarität mangelte, waren die Männer den Fußtritten, die Mädchen und Frauen den Handgreiflichkeiten ihres Chefs und „Brotgebers“ preisgegeben. Sie waren hilflos, schutzlos, rechtlos, freiwild!

Die Künstler der Bühne fühlen sich meist über Arbeiter und Angestellte hoch erhaben. Sie gehen keinem gewöhnlichen Arbeiter nach, sondern sie dienen der Kunst, die ihren Beruf adelt. Und doch müssen sie erst von den Arbeitern erfahren, daß es nur einen Weg gibt, sich die einfachsten Menschenrechte zu sichern: den Weg der Organisation. Zustände, wie sie im Kunsttempel des Herrn Schrupp herrschen, sind heute kaum noch in einer Lumpenforteranstalt möglich: einst herrschten sie auch dort, aber die Organisation hat mit ihnen ausgeräumt. Wo sie aber doch noch zu finden sind, da werden sie von der Organisation rastlos bekämpft.

Alle Arbeiter, alle Angestellten können aus dem Münchener Prozeß eines lernen: Der ihnen rät, ihre Solidarität preiszugeben, der rät ihnen zur Aufgabe ihrer Menschenwürde, und der Rest ist Selbsterniedrigung der Männer, Prostitution der Frauen. Wie oft haben Organisationen und ihre Angehörigen von Vertretern der Klassenjustiz die schwersten Anklagen und Urteile über sich ergehen lassen müssen. Hier aber hat der Gedanke der Organisation an Gerichtsstelle einen glänzenden Triumph gefeiert.

Gewerkschaftsbewegung.

Elßa-Lothringische Gewerkschaftskongress. Am Sonntag, dem 7. Juni tagte in Straburg in Elßa die 7. elßa-Lothringische Gewerkschaftskongress, die von 64 Delegierten besucht war. Aus dem Bericht des Gewerkschaftssekretärs Jmbs ist ersichtlich, daß seit dem vorletzten Kongreß im Jahre 1908 recht schöne Erfolge zu verzeichnen sind. Betrug die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Jahre 1908 18 859, so fiel diese Zahl im Jahre der härtesten Krise (1910) auf 16 328, stieg dann aber im Jahre 1912 bereits auf 21 000 und erreichte im Jahre 1914 ihren höchsten Stand mit 25 000 organisierten Arbeitern. Straburg als größte Stadt des Reichslandes zählt allein 14 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. An dem mit Beifall ausgenommenen Geschäftsbericht schloß sich eine längere Debatte, in der von Wagner (Bauarbeiter) und vom Vertreter der Generalkommission Kube hervorgehoben wurde, daß den sozialen Wahlen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Gewerkschaftssekretär Jmbs und Schulenburg (Metallarbeiter) betonten, daß in fast allen Orten gute Resultate bei den Wahlen erzielt wurden. Wenn nicht alles so gegangen sei, wie jeder es wünsche, so dürften die überaus schwierigen Verhältnisse auf dem flachen Lande nicht unberücksichtigt bleiben. Von mehreren Rednern wurden die Verhältnisse in den kleineren Ortschaften in denen die christlichen Gemeindeführer

an der Geistlichkeit eine tatkräftige Stütze finden, näher erörtern.

Vom Gauleiter der Bauarbeiter Voigt Straßburg wurde empfohlen, speziell für Elßaß-Lothringen geeignetes Agitationsmaterial in noch größerem Maße zu sammeln. Rebhob (Brauereiarbeiter) stiftet im Verlaufe der Diskussion vor, die Agitationskommission für Elßaß-Lothringen von Straßburg zu verlegen, wogegen sich Vorhölzer (Schuttgärtner) wandte, da zweifellos von Straßburg aus die einzelnen Bezirke am besten bearbeitet werden können.

In der Nachmittags-Sitzung referierte Arbeitersekretär Widh. Mülhausen über die Arbeitslosenunterstützung in Elßaß-Lothringen und empfahl folgende Resolution:

In Erwägung, daß die Arbeitslosenunterstützung eine der wichtigsten sozialen Aufgaben der heutigen Zeit ist, bedauert die 7. elßaß-lothringische Gewerkschaftskonferenz, daß die bürgerliche Mehrheit des elßaß-lothringischen Landtages den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, 200.000 Mark zur Unterstützung der Arbeitslosen in das Landesbudget einzustellen, abgelehnt hat. In der Behauptung bürgerlicher Redner und des Herrn Staatssekretärs, daß das Problem der Arbeitslosenunterstützung nicht genügend geklärt und deshalb der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion nicht durchführbar sei, steht die Gewerkschaftskonferenz nur eine Ausrede.

Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Zu dem nächsten Punkt der Tagesordnung „Gefährdung des Koalitionsrechtes“ nahm die Konferenz eine Resolution einstimmig an, in der gegen das Treiben der Scharfmacher, durch Lügenhaftigkeit und ausbauteilende Terrorismustakte die Reichsregierung scharf zu machen, protestiert wird. Die Konferenz verurteilt das Vorgehen einzelner Bundesstaaten, auf Umwegen den Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen zu wollen, sie verlangt eine Erweiterung des Koalitionsrechtes durch Reichsgesetz und fordert vom elßaß-lothringischen Landtag, daß er etwaige Verträge der elßaß-lothringischen Regierung, das Koalitionsrecht zu schmälern, mit aller Energie entgegenzutreten soll.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Salvarian-Prozess beschäftigte dieser Tage das Gericht in Frankfurt a. M. Der Schriftsteller Wagnan hatte bekanntlich schwere Vorwürfe gegen den Frankfurter Magistrat und die städtische Krankenhausverwaltung erhoben. Vor allem handelte es sich um vier Punkte. Von dem Krankenhaus behauptete Wagnan: 1. Es werde dort mit nachgewiesenermaßen lebensgefährlichem Salvarian behandelt; 2. diese Behandlung geschehe als Gewaltbehandlung an hilflosen Patienten; 3. die Prostituierten würden in frivoler Weise als Versuchsanimen für Salvarian benutzt; 4. die Ärzte seien mit Titeln und Geld gewonnene Agenten gewisser profitgieriger Unternehmen, denen nichts mehr heilig sei; 5. die Gewinnlust dieser Leute jähre sie sogar zum vorläufigen Mord. Weiter hatte der Angeklagte behauptet, daß der Herstellungspreis des Salvarians pro Kilo acht Mark, der Verkaufspreis der Fabrik aber 16.000 Mark betrage. Trotzdem durch Zeugen bezeugt wurde, daß tatsächlich im Krankenhaus bedeutliche Dinge vorgekommen sind, wurde Wagnan zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nur 6 Monate beantragt. Der ganze Prozess gehört in den Zusammenhang einer ziemlich lauten Bewegung, die zurzeit von einer bestimmten Gruppe gegen Ehrlich, „Salvarian“ geführt wird. Professor Ehrlich ist gewiss persönlich unantastbar und hat sich selbst mehrfach mit aller Vorsicht über sein Syphilismittel, von dem er im ersten Entdeckerüberwange wohl selbst allzu viel erwartet hatte, geäußert. Es ist auch durchaus einleuchtend, daß es bei neuen Heilverfahren nicht immer ohne Opfer abgehen kann. Nur dürfen selbstverständlich nicht Menschen zu Versuchen am

eigenen Leibe gezwungen werden, seien es nun Fingerringe oder Prostituierte. Wesentlicher als all dieses ist ein kapitalistisches Aligemeinübel, auf das immer wieder rücksichtslos hingewiesen werden muß. Schöpfungen der Kunst und der Wissenschaft sollten Allgemeinbesitz nicht nur der Nation, sondern der Menschheit sein. Es ist deshalb eine der beschämendsten und schädlichsten Erscheinungen — und sie wirkt am fürchterlichsten gerade in der Heilkunde —, daß die Ergebnisse jeder Forschung sofort zur Ware, zum kapitalistischen Ausbeutungsmittel werden. Und diese traurige Wahrheit stand schon längst vor dem Frankfurter Prozess fest, in dem ein Redakteur vielleicht zu Recht, aber doch unter dem Eindruck der Zeugenschaft einiger großer „Autoritäten“ zu schwer bestraft worden ist. Heilmittel wie Ehrlichs Salvarian, das Radium, die jüngsten Mittel gegen die verheerende Volkskrankheit der Schwindhust, sollten unter allen Umständen vom Staate übernommen und zu einem für jeden Leidenden erschwinglichen Preise abgegeben werden. Zum mindesten aber hätten sich bei der ohne Zweifel bedeutenden Entdeckung Ehrlichs umschwer die Mittel finden müssen, um Deutschland und darüber hinaus der Welt ein ausfallsreiches Heilmittel gegen eine der hartnäckigsten und gefährlichsten Seuchen frei von kapitalistischen Interessen zu übermitteln.

Der Herr „Direktor Barmann“. Im Januar d. J. erregte in München die Verhaftung eines Schwindlers Aufsehen, der unter dem Namen eines Direktors der Deutschen Zentrale für Arbeiter- und Gefangenenernährung vorgab, in München eine Filiale dieses Instituts gründen zu müssen und bereits Räume zur Errichtung eines Bureaus gemietet, die Einrichtung bestellt und Personal engagiert hatte. Verschiedene Personen waren schon von ihm um Darlehen und Kauttionen geprellt worden, als sich herausstellte, daß es sich um den wegen Betrügereien und Heiratschwindelen vielfach vorbestraften Friedrich Deiner aus Augsburg handelte. Auch in Berlin hat er aufsehenerregende Arbeitslosenschwindelen begangen. In der Verhandlung vor der Münchener Strafkammer ergab sich, daß das Auftreten des Angeklagten manche Ähnlichkeit mit dem Fall Thormann und anderen Fällen dieser Art aufzuweisen pflegte. Deiner operierte mit seinen sozialen Gründungsverbuchen schon seit längerer Zeit und zwar von Rominten aus. Er ging darauf aus, bei Behörden und angesehenen Persönlichkeiten den Anschein zu erwecken, als stehe er zum Kaiser in Beziehungen, dem er über die Ergebnisse seiner Bestrebungen Vorträge halten müsse. So trat er vorübergehend mit dem Minister v. Breitenbach, dem Präsidenten von Ostpreußen, Krüger, und dem Reichsbankpräsidenten in Verbindung. Doch konnte er diese Chancen nicht genügend ausnützen, da ihm gewöhnlich im letzten Moment das Reisegeld fehlte, um die Gelegenheit zu einem größeren Coup wahrzunehmen. Einmal nahm er als Direktor der Arbeitslosenunterstützung an einer Magistratsitzung in Reichenbach teil, wo er einen Vertrag über einen größeren Grundbesitz abschloß. Dabei hatte er nur zwei Mark in der Tasche, so daß er sich das Geld zur Abreise zusammenborgen mußte. Deiner wurde von der Münchener Strafkammer zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Mordversuch des Gymnasiasten. Die Strafkammer in Hanau am Main verhandelte gegen den 17½ Jahre alten früheren Gymnasiasten Anton Wolf, der in der Silbesterstraße, um sich in den Besitz von Geld zur Deckung seiner durch noble Passionen entstandenen Schulden zu setzen, ein Revolverattentat auf seine Verwandten ausführte. Seine Mutter und seine Tante wurden schwer verletzt. Der Anschlag auf seinen Bruder und seine Schwester konnte abgewehrt werden. Die Anklage lautete auf Mordversuch in vier Fällen. Da aber am Sonntag die Tante des Angeklagten gestorben ist und die ärztlichen Sachverständigen in der Gerichtsverhandlung aus-

sagten, daß der Tod infolge der Schußverletzungen eingetreten ist, wurde der Angeklagte wegen Mordversuchs in drei Fällen und wegen Mordes in einem Falle zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Ein neuer Bilderrevol durch Suffragetten. Die Suffragetten haben wieder ein Kunstwerk zerstört. Eine Suffragette namens Bertha Ryland zerstörte Dienstag nachmittag mit drei Beilheben in der städtischen Kunstgalerie von Birmingham ein großes Gemälde von Romney. Das Gemälde, dessen Wert auf 50.000 Mark geschätzt wird, stellt einen Vurschen dar. Die in Birmingham wohnende Suffragette wurde verhaftet.

Schweres Brandunglück. Mittwoch morgen sind sieben Personen, darunter vier Frauen, beim Brande eines Logierhauses tödlich verunglückt. 28 sind verletzt worden; mehrere haben durch einen Sprung aus dem Fenster ihren Tod gefunden.

Zum Untergang der „Empress of Ireland“. In Glasgow wählten am 9. Juni 72 Leute der Mannschaft und 62 Passagiere von der „Empress of Ireland“ mit dem Dampfer „Corsican“ an. Die Passagiere sind in der Mehrzahl Ausländer. Bevor der Dampfer anlegte, gingen Beamte an Bord, um zunächst amtliche Feststellungen zu machen. Erst später wurde Journalisten der Zutritt gestattet. Die Passagiere zeigten sich indessen den Berichterstattern gegenüber ziemlich zurückhaltend, namentlich lehnten es die wenigen Engländer ab, Aussagen zu machen. Aus der Erzählung eines Oesterreichers namens Kellner, der eine halbe Stunde im Wasser schwamm und dann von einem Boote aufgenommen wurde, ist hervorzuheben, daß sich in diesem Boote 26 Leute von der Mannschaft befanden, und daß ihre Kleider trocken waren. Es soll Platz für acht oder zehn Menschen mehr im Boote gewesen sein.

Zusammenbruch von Pariser Elektrizitätsgesellschaften. In Paris hat sich ein großer finanzieller Zusammenbruch ereignet, der die Pariser Handelswelt stark in Mitleidenhaft zieht. Mehrere Gesellschaften zur Erzeugung elektrischer Starkstroms sind in Konkurs geraten. Die Aktionäre dieser Gesellschaften haben gegen die Direktoren Anzeige wegen Betruges erstattet. Wie verlautet, soll es sich um Unterschleife von mehr als sechs Millionen Francs handeln.

Eine Erpresser-Affäre. Unter dem Verdacht des Erpressungsversuchs wurde in Köln der Privatdetektiv und Rechtskonsulent Steinhilber verhaftet, der früher als Sekretär beim Kölner Landgericht tätig war. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Ein angesehener verheirateter Privatdozent und Frauenarzt an einer süddeutschen Universität hatte als Assistentin eine gewisse Frau A., zu der er nähere Beziehungen unterhielt und die er innerhalb zehn Jahre mit 400.000 Mark unterstützt hatte. Der erste Gatte der Frau, der von dem Verhältniss Kenntnis erhielt, erprekte von dem Privatdozenten nach und nach 100.000 Mark. Der zweite Gatte gründete auf Kosten des Privatdozenten eine Apotheke, während der dritte Mann etwa 150.000 Mark Schweigegeld erhielt. Insgesamt hat der Privatdozent annähernd 800.000 Mark an die Erpresser geopfert. Die in die Affäre verwickelten Personen wurden nach Altona transportiert, wohin die Staatsanwaltschaft die Akten übersandt hat und wo voraussichtlich auch der Prozess stattfinden wird.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwabe. Druck: F. v. d. M. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Bunt

vom Boof aus (4582)
am Freitag, dem 12. Juni
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstenbrücke
und
Hütertorbrücke.

Komitee- und
Kommissionsitzungen

Ländlicheit.

Morgen Freitag 8^{1/2} Uhr abds.
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52. (4596)

Am Mittwoch morgen entschlief
sanft nach schwerer Krankheit meine
innigst geliebte Tochter, unsere gute
Schwester und Schwägerin
Ida
im 24. Lebensjahre, tief betrauert
von den Älteren.
Elisabeth Brockmann, geb.
Stiens und Familie.
Lübeck, den 11. Juni 1914.
Beitragstraße 2.
Die Trauerfeier findet am Sonn-
abend, dem 13. Juni, vormittags
9^{1/2} Uhr, in der Kapelle Burgtor
statt. (4592)

Danksagung.

Für erwiesene Teilnahme und
reize Kranzgebenden beim Ableben
unseres lieben Entschlafenen sagen
allen herzlichsten Dank.
(4578)

Familie Voß.

Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme und Kranzgebenden
bei der Beerdigung unseres Liebling
Heinz
sagen wir hierdurch unsere herz-
lichsten Dank aus.
Lübeck, den 10. Juni 1914.
Hans Voß, a. d. Elbe, und Familie.
(4595)

Sozialdemokratischer Verein

Am Mittwoch verstarb unser Ge-
noße

Paul Krause.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Mon-
tag nachmittag 3 Uhr auf dem Vor-
werker Friedhofe.
Die Mitglieder sammeln sich bis
1:30 Uhr im „Weissen Hirsch“ zu
Krempelsdorf.
(4513)

Zentral-Verband der Handlungsgehilfen.

Bezirk Lübeck.

Nachruf.

Am Mittwoch, dem 10. Juni,
starb unser wertvoller Kollege
Paul Krause
im Alter von 36 Jahren.
Wir werden ihm stets ein ehren-
des Andenken bewahren.

Sektion der Lagerhalter.

Die Beerdigung findet am Mon-
tag nachmittag 3 Uhr von der
Leichenhalle des Vorwerker Fried-
hofes aus statt. Treffpunkt 2^{1/2} Uhr
im Lokale „Weisser Hirsch“. (4615)

Junges Mädchen, w. Kasse und
Expedition gelernt hat, sucht Stellung
i. d. L. od. ähnl. Nach, event. auch außer-
halb. Ang. u. G R 57 a. d. Exp. (4589)

Schuhmacher

zu sofort gesucht.
C. Schulz, Bülowstraße 5.
(4585)

Eine Wohn- u. Gang für 1 od. 2 Pers., Preis jährl. 60 Mk. (4591)

Zwei-Zimmer-Wohnung

mit Gas zum 1. Juli zu vermieten.
Preis 150 Mk. Steinstraße 2a. d. Elbe.
(4600)

Gez. zum 1. Okt. e. 2-Zimmer- Wohnung mit besser Küche von alt. Ehepaar. Angebote unter L B 60 an die Exped. d. Bl. (4569)

Wer fast neuer Klappstuhl
und ein Kinder-Klappstuhl billig
zu verkaufen.
Lübeck, den 10. Juni 1914.
Hans Voß, a. d. Elbe, und Familie.
(4595)

Mittwoch nachmittag 5 Uhr entschlief sanft nach kurzem
Leiden mein herzensguter Mann, der Lagerhalter

Paul Krause

im 37. Lebensjahre, tief betrauert von den Seinen.

Anna Krause, geb. Brinck.

Lübeck, den 10. Juni 1914.
Kalandstraße 13.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 15. Juni, nach-
mittag 3 Uhr, von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes
aus statt. (4612)

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Gestern nachmittag starb nach einer schweren
Krankheit unser Lagerhalter, Genosse

Paul Krause.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen uns lieb
gewordenen Mitarbeiter, der durch seine Tätigkeit sich
auch das Vertrauen und die Achtung der Mitglieder in
reichem Maße erworben hat.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

4608

Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Heraus aus der Kirche!

Alle diejenigen, die mit der Religion gebrochen haben, sollten um der
Wahrheit willen aus der Kirche austreten. Der Kirchenaustritt muß mit
ein Protest werden dagegen, daß die Religion dazu benutzt wird, das
arbeitende Volk niederzuhalten. Der Kirchenaustritt muß eine Kund-
gebung gegen den Gewissenszwang sein, dagegen, daß wir gezwungen
sind, unsere Kinder an dem unwissenschaftlichen Religionsunterricht
teilnehmen zu lassen. Wer die Forderung wirksam unterstützen will:
Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche“.
(4581)

Heraus aus der Kirche!

Zentralverband proletarischer Freidenker

Auswärt erteilt W. Dierk, Händelstraße 68.

Eine gut erhaltene Sportkare
billig zu verkaufen. (4600)

Glandorffstr. 92, I.

Kommode, Klappst., Küchenschrank
und Tisch, eis. Bettst., Mahagoni-
Plattbrett, Küchenschränke u. a. m. weg-
fortz. bill. zu verk. Blumenstr. 13, p.

Gut erhaltener Trauerhut

billig zu verkaufen. (4598)

Engelswisch 17, I.

Bettstelle m. Seegrasmattlatze

zu verkaufen. (4605)

Glockengießerstr. 44, II.

Ein fast neuer 3flam. Petroleum-
kocher wegen Gasanlage billig zu
verkaufen. (4607)

Segebergstr. 26, II.

Eine guterhaltene Kommode

zu kaufen gesucht. Angebote mit
Preisang. unt. R A an die Exped.

Gartenferne.

Schelm & Wege, Mengstraße 10.
Verkaufe Konsole, Stühle, Küchen-
schrank usw., Hausstandsachen,
Frauen-Wintermantel. Schullstr. 4a, II.

Hängelampe

fortzugsalber billig zu verkaufen.
(4583) Schlutup, Brehmstraße 21.

Tuben, Strahlröhren-Hochflieger,
billig zu verkaufen. (4611)

Walsauerstraße 11, rechts.

Zu kaufen gesucht e. gut erhalt.
Teeschrank. Angebote mit Preis-
angabe unter F H an die Expedition
dieses Blattes. (4588)

Gefunden ein Portemonnaie mit
Inhalt in der Markthalle. Abz. bei
Daebel, Weberstraße 21. (4596)

Schillers Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei des J. J. Volksb. u. a.

Johannisstraße 46.